



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Plakatschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahner.

Aus Berlin wird berichtet: Am Dienstagnachmittag trat im Reichstag der aus den Vertretern der Eisenbahner-Gewerorganisationen gebildete 16er-Ausschuß zusammen, um zu dem Streikerklaß des Reichsverkehrsministers Stellung zu nehmen. Man einigte sich dahin, am Mittwochvormittag die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese Erklärung dem Reichsverkehrsminister zu übermitteln. Inzwischen hatten Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund stattgefunden. Dort wurde beschlossen, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsgutsachterausschuß zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Der Reichsgutsachterausschuß wird am 3. und 4. Januar in Berlin alle die Eisenbahnbeamten angehenden Fragen erörtern. Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter sollen in gegenseitigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium erledigt werden.

Nach einer Berliner Meldung des Leipz. Tagebl. erscheint es sehr fraglich, ob die Verhandlungen heute stattfinden werden. In der heutigen Sitzung des 16er-Ausschusses soll nach dieser Darstellung von den Vertretern der Eisenbahnerorganisation die Forderung erhoben werden, daß vor Beginn der neuen Verhandlungen mit den Regierungsoberrepräsentanten der Erlaß des Reichsverkehrsministers gegen den Streik und die Streifagitation zurückgezogen, mindestens aber gemildert wird. Von dieser Bedingung will man die Aufnahme von Verhandlungen überhaupt abhängig machen.

Die frühere Gehaltszahlung an die Beamten.

Berlin, 28. Dezember. Die Reichsfinanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst Anfang Februar, sondern bereits vom 20. Januar an erfolgt, damit nicht mehr als etwa ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januargehalts verstrichen ist.

Internationaler Spigeldienst.

Ganz wie zu Puttkamers und Wilhelm's Zeiten wird noch im Auswärtigen Amt in Berlin gearbeitet. Früher bekämpfte man Sozialisten, jetzt Bolschewisten. Sogar um Einzelheiten kann sich das Auswärtige Amt kümmern, wie das folgende Schriftstück ausweist, das uns ein günstiger Wind auf den Tisch geweht hat:

Reichskommissar zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung.

Berlin NW. 40, d. 6. 12. 1920.

Nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes hat am 18. 9. die französische Bürgerin Saboul geb. Mezzara, geboren 28. 11. 1889 in Paris, wohnhaft daselbst, einen Durchreisepaß für Paris erhalten. Der Paß war vom französischen Konsulat in Wiga visiert.

Nach einer vom lettischen Sicherheitsdepartement bei der deutschen diplomatischen Vertretung für Lettland empfangenen Nachricht ist es zweifellos festgestellt, daß die Genannte eine bolschewistische Agentin ist, da man in ihrem Gepäck Propagandamaterial gefunden hat. Die Botenschaft in Paris ist verständigt worden.

Um nähere Mitteilung beim Auftreten genannter S. wird ersucht.

gez. Unterschrift.

An die Städte

zur Kenntnis und gegebenenfalls Meldung.

Diese Angst vor der durchreisenden bolschewistischen Agentin wirkt wahrhaft komisch. Aber das ist ja nichts Neues.

Interessanter ist die Ausdeutung der internationalen Verzweigung des Spigeldienstes. Der lettische Sicherheitsdienst gibt seine welterschütternden Feststellungen an das amtliche Deutschland ab. Und das bezieht sich, die deutsche Botenschaft in Paris zu verständigen. Zu welchem Zweck? Soll sich die deutsche Botenschaft vor der Bolschewistin in acht nehmen. Doch wohl kaum — die Mitteilung wird wohl an die französische Regierung weitergeleitet werden sollen. Es ist allerdings anzunehmen, daß sie ungefähr schon weiß, was Geistes Kind die Frau des bekannten französischen Hauptmanns Saboul ist, der von der französischen Militärmission in Rußland zu den Bolschewisten überging. Wenn ein französisches Konsulat dessenunachtbar der französischen Bürgerin Saboul den Paß zur Reise nach Paris visierte, so wird es die Gefährlichkeit der Bolschewistin wohl nicht so hoch einschätzen, wie es das deutsche Auswärtige Amt tut und die Uebermittlung der Information von der deutschen Botenschaft mit dem Gegenteil von Hochachtung aufnehmen.

Wirtschaftsabkommen mit Südslawien und Tschechien.

Berlin, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Prag meldet der Korrespondent des Berliner Tageblattes über die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Prag und Belgrad: Ministerialdirektor von Stockhammern kommt am 8. 1. aus Belgrad, wo er den Handelsvertrag zwischen Südslawien und Deutschland vereinbarte, nach Prag. Am 10. 1. teilt eine tschechoslowakische Handelsdelegation nach Berlin zur Beseitigung der letzten Differenzen über das beabsichtigte Wirtschaftsabkommen.

Der Kampf um Fiume. D'Annunzio lol.

Berlin, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Lugano wird gemeldet: Die Kämpfe um Fiume dauern fort. D'Annunzio heßt seine Leute unaufhörlich zum Ausmarschieren bis zum letzten Mann. Die Legionäre kämpfen mit größter Erbitterung. Während andererseits die königlichen Truppen dem Befehl erhielten, dem Kampf durch Einnahme der Stadt sobald als möglich ein Ende zu machen, aber jedes unnütze Blutvergießen zu vermeiden und namentlich die Stadt zu schonen. Die Lage der Bevölkerung ist tragisch. In Rom wurde ein Funkentelegramm der Bevölkerung von Fiume mit verzweifelter Hilferufen aufgegeben. Namentlich kämpft die Bevölkerung gegen D'Annunzio. Ein Pulvermagazin D'Annunzios ist in die Luft gesprungen. D'Annunzio verfügt über zahlreiche Artillerie und macht von derselben ausgiebigen Gebrauch. Der Kampf wüthete gestern in den Vororten von Fiume, wo die Legionäre sich von Haus zu Haus verteidigten. Die Verluste auf beiden Seiten scheinen namentlich an Offizieren schwer zu sein.

Von der Schweizer Grenze meldet der Korrespondent des Volkstages: Aus Mailand wird gemeldet: Eine Meldung des Avanti aus Rom bestätigt die Nachricht vom Tode D'Annunzios.

Serbisch-tschechische Säkelei.

Berlin, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Belgrad meldet das Berliner Tageblatt: Der allen Anzeichen nach in seinen Bemühungen um Erfolg begleitete Versuch des bulgarischen Ministerpräsidenten Stamboliski in Prag ruft in den heiligen (serbischen) politischen Kreisen starke Mißstimmung hervor. Diese Mißstimmung findet ihren Ausdruck in einem Leitartikel des führenden Blattes Politika, in dem es heißt: Es ist nicht das erste Mal, daß man es in Prag mit Gesten versucht, die man als überflüssig, ungerechtfertigt und unverständlich bezeichnen kann. Wir denken dabei nur an Männer, die tatsächlich im Namen Tschechiens das Wort führen und die rechtlich erwägen sollten, wie und was sie sprechen. Wir haben genug geschwiegen. Die Lage der Tschechen ist nicht beneidenswert. Sie haben sehr vieles in ihrem Staat zu regeln. An erster Stelle handelt es sich um die sich immer wiederholenden blutigen Zusammenstöße mit den Deutschen, die den Tschechen gar keinen Schaden, geschweige denn Gewalttätigkeiten zugefügt haben. Der Aufgabe, diesen Zusammenstößen ein Ende zu bereiten, sollten die Tschechen viel mehr Aufmerksamkeit schenken, als uns über die Notwendigkeit, die fürchterlichen, von Seiten Bulgarens in Serbien begangenen Grausamkeiten zu vergessen, Rathschläge zu geben.

Serbien und Bulgarien.

Belgrad, 28. Dezember. Aus Belgrad wird dem Auto gemeldet, daß nach der Einstellung des Bahnverkehrs mit Bulgarien nun auch ein förmlicher Abbruch der Beziehungen eingetreten sei, weil man einer von Bulgarien geschickten haatsfeindlichen Bewegung auf die Spur gekommen sei.

Schwere Ausschreitungen der Polen in Oberschlesien.

Beuthen, 28. Dezember. Wie die Ostdeutsche Morgenpost meldet, drangen am Schluß einer vom Sportverein in Mieschowitz am zweiten Feiertag veranstalteten Weihnachtsfeier bewaffnete Polen und Hallersoldaten in den Saal. Als auf dem Heimwege die Polen mehrere Schüsse abgaben, schritt die Abkündigungspolizei ein. Es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, bei dem zwei Polen verwundet wurden. Obwohl die Abkündigungspolizei Verstärkungen erhielt, konnte sie gegen die Hallersoldaten nichts ausrichten. Sie zog sich in das Gemeindegewand zurück, das bis zum frühen Morgen beschossen wurde.

Oppeln, 28. Dezember. In Bogisdorf wurde heute gegen den Laden eines Kaufmanns ein Bombenattentat verübt. Sieben Personen wurden verletzt, davon drei schwer. Die Verfolgung der Täter ist erfolglos geblieben. Gegen den Geschäftsinhaber wurden schon seit Tagen Drohungen laut. In Oppeln herrscht heute angesichts einer für heute abend einberufenen Polenversammlung große Erregung.

Larnowitz, 28. Dezember. Heute nacht wurde der Versuch gemacht, mit einer Dynamitpatrone das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu sprengen. Während die unteren Steinmassen und die Umfassung des Denkmals zertrümmert wurden, blieben der Sockel und die Figur unbeschädigt. Der angerichtete Schaden ist dennoch sehr beträchtlich. Im Umkreise von hundert Metern wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

Landfriedensprozeß wegen der Breslauer Arbeitslosendemonstration.

Breslau, 28. Dezember. WLB. Gegen den Kommunisten Klein aus Hamburg, der in der Arbeitslosenversammlung am Montag nachmittags auf dem Schlossplatz die Massen zu den gemeldeten Kundgebungen aufzufordern hat, ist ein Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs erlassen worden.

Die Wirtschaftsgrundzüge der bolschewistischen Partei.

Hier berühren wir das vielumstrittene Grundproblem der Diktatur des Proletariats. In dem heutigen Rußland besteht sie faktisch nicht, sondern es herrscht die Diktatur einer proletarischen Minderheit und Goldschmidt schreibt deshalb ganz mit Recht statt von der Diktatur des Proletariats von der Diktatur der Organisation, nämlich der bolschewistischen Wirtschaftsorganisation. Mit ihrer Hilfe in der Hand kaltrechnender, rücksichtsloser Operateure werden die heterogenen auseinanderstrebenden Elemente zusammengehalten, ist dem unter den Kriegswirkungen zusammengebrochenen Wirtschaftsorganismus ein notdürftiges Gerippe gegeben worden. Aber Goldschmidt ist total auf dem Holzwege, wenn er diese Diktatur der Organisation für die Diktatur des Proletariats im Marzischen Sinne ausgibt. Zweifelloß müßte nach dem verlorenen Kriege das Proletariat zur Rettung und Erneuerung der Wirtschaft zur Herrschaft gelangen — das Proletariat als Klasse, verkörpert in den sozialistischen Parteien des Landes und nicht in einer verschwindenden Minderheit, die ihren Mangel an Quantität und natürlicher Kraft durch schrankenlose Diktatur ersetzt. Goldschmidt schreibt darüber, wenn auch unter vollkündiger Tatsachenverkenntnis, mit erfreulicher Offenheit:

Damit aber offenbart sich die Diktatur des Proletariats, von andern Wesenseigentümlichkeiten abgesehen, als eine Diktatur der Organisation. Die Organisation verlangt, gerettet und weitergeführt zu werden, und es gibt keine Macht, die sich diesem Verlangen widersetzen könnte. Die Organisation darf im Interesse der Wirtschaft ihren Abbau und ihre Zerrüttung, ihre Weiterdurchführung nicht dulden und die Wirtschaft darf nicht dulden, daß sie die Organisation verläßt.

Das ist denn auch das Geheimnis der Sowjetrussischen Macht. Deshalb konnte diese Macht nicht beseitigt werden von jener Quantität, die sich angeblich aus Demokratiegründen gegen die Diktatur perpert? Sie konnte nicht beseitigt werden, weil sie notwendig war, weil sie die Rettung der Wirtschaft war, weil sie jener Organisationswille war, der von der Wirtschaft und von der gefährdeten Organisation geradezu herbeigehrieben wurde.

Deshalb fügte sich, nach Zwischenfällen, nach Widerständen nicht nur das gesamte Proletariat Rußlands der Diktatur, sondern auch schließlich die Bourgeoisie. Der Zweck dieses Buches ist, den vollautomatischen Fortgang der Organisation zu schildern und die Uebernahme der Organisationsgewalt aus der vorhergehenden Zerrüttung begreiflich zu machen.

Man muß schon automatisch, organisationsmechanisch denken und fühlen, um so blindlings die Tatsachen zu verstehen, wie Goldschmidt. Worin er das Geheimnis und den Lebensnerv der bolschewistischen Macht erblickt, sehen wir gefährliche Krankheitserscheinungen, Todeskeime, die zur Katastrophe führen müssen, wenn deren Ueberwindung durch grundsätzliche neue Einstellung nicht gelingt. Noch ist es leider eine Utopie, zu behaupten, das gesamte Proletariat und sogar die Bourgeoisie hätte sich mit der bolschewistischen Diktatur abgefunden. Die Bourgeoisie wird sich, solange sie als Klasse besteht, niemals mit einer wie immer auch gearteten proletarischen Diktatur abfinden. Daß sich das Proletariat in seiner übergroßen Mehrheit nicht auf den Boden der bolschewistischen Diktatur stellt, ist allein die Schuld der Unzulänglichkeit und parteipolitischen Verengtheit der Bolschewisten, die es durch ihre Taktik mit fanatischer Hartnäckigkeit verhindern, daß sich das russische Proletariat als Klasse im revolutionären Kampf und sozialistischen Aufbau betätigen kann. Darin glauben wir den Kardinalfehler der bolschewistischen Politik gefunden zu haben, der natürlich vor allem seine Ausprägung in der Wirtschaft findet und von dem wir fürchten, daß er nicht nur das Schicksal dieser Partei, sondern der russischen Revolution überhaupt besiegelt.

Ein gesunder, positiver und auch für uns bedeutsamer Gedanke scheint uns in dem Goldschmidtschen Buche zu stecken: Das Produktionsbudget, das sich in Rußland zu bilden beginnt in dem Maße, wie der Kapitalismus verschwindet. Es ist der wirtschaftsorganisatorische Kodex der sozialistischen Idee bewußter planmäßiger Wirtschaftsführung. Das Produktionsbudget mußte entstehen nach der Zerschlagung des Kapitalismus, der Austilgung der Banken und Börsen. Wirtschaftszentralen begannen durch reinen Tauschverkehr und Verrechnung die Wirtschaftsfunktionen auszuführen. Ob es ihnen gelang? Das hängt von dem Stande der Gesamtwirtschaft ab. Es gelang in dem Grade, wie es möglich wurde, die Produktion zu erfassen, in Gang zu bringen, Gebrauchswerte zu schaffen. Das ist eben nicht gelungen in dem Umfange, wie der Kapitalismus zerschlagen wurde; die Entlohnung der Millionen Proletarier und Beamten erfolgt nur zum geringsten Teil in wirklichen Werten, Naturalien, sondern vorwiegend in Papierrubeln, die in ungeheuren Mengen produziert werden. Von dem russischen Produktionsbudget kann also erst entsprechend dem allgemeinen Stande der Wirtschaft gesprochen werden. Der Begriff und der Plan zur Ausführung sind zwar gut, aber entscheidend ist nicht die Form, sondern die Menge der bewirtschafteten Güter, die Masse der produzierten und zur Verteilung bereiten gesellschaftlichen Werte. Das A und O jeder Ge-

gesellschaft, mag sie nun naturwirtschaftlich, hochkapitalistisch oder sozialistisch sein, ist die geordnete Bedürfnisbefriedigung der Mehrheit der Gesellschaft; in welcher Form das geschieht, ist von untergeordnetem Werte. Aber eine Gesellschaftsordnung, die der Aufgabe der Bedürfnisbefriedigung für längere Zeit nicht gerecht zu werden vermag, ist unrettbar dem Untergang geweiht. Einmal ist es das untrügliche Zeichen des Rückgangs der Produktivkräfte, der Unmöglichkeit der fortlaufenden Reproduktion der Gesamtwirtschaft, zum andern müssen soziale Konflikte trotz der eifrigsten Diktatur die unvermeidliche Folge sein. Das Produktionsbudget an sich, als organisatorisches Prinzip, tut es also nicht, sondern dessen Größe, die Steigerungsmöglichkeit der Produktion — immer wieder mit dem einen großen Ziel, das Konsumbedürfnis der Gesellschaft zu befriedigen. Das ist in Russland trotz Produktionsbudget nicht entfernt erreicht worden; aber die Idee ist unzweifelhaft richtig, wir werden uns eingehend mit ihr vertraut machen müssen und das Proletariat in den hochkapitalistischen Ländern wird nach Eroberung der politischen und ökonomischen Macht unter wesentlich günstigeren materiellen und geistigen Bedingungen an die Gestaltung des Produktionsbudgets herangehen können.

Goldschmidt wird freilich von der fixen Idee beherrscht, daß, wenn die Organisationsform gefunden ist, die Hauptleistung vollbracht ist. Wir könnten wunderliche Blüten dieser spekulativen Utopisterei zum besten geben. Der Raum verbietet es. Nur aus dem Schlüsselwort für die Organisationsbeschränkung Goldschmidts einige Proben. Er stellt der Rot Europas die Überlegenheit der russischen Wirtschaftsorganisation gegenüber — er schreibt:

Europa wird vielleicht die Umstellungsorganisation schneller vollziehen als das organisationsunbewohnte Russland, aber die Fälligkeit der Organisation wird ihm schwere Sorgen bereiten.

Jedoch: die Fälligkeit der Organisation ist eine Selbstverständlichkeit, ist eine Folgerichtigkeit der Organisation. Ist die Organisation gelungen, so laugt sie die Produktion, die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte in sich hinein.

Daher sind die unlegbaren großen Wirtschaftsschwierigkeiten Sowjetrusslands keine Kardinalschwierigkeiten. Ich kenne diese Schwierigkeiten. Ich weiß, daß im Donezgebiet Arbeitermangel herrscht. . . . Alles das kenne ich. Aber obwohl ich das alles kenne, verzweifle ich nicht an Sowjetrussland. Denn ich kenne die Organisation.

Die Organisation — die Organisation der Diktatur wird also in Russland das Wunderwerk. Goldschmidt glaubt an diese Organisation, er betet sie an wie einen Fetisch, sie ist ihm alles, die Wirtschaft selbst, ihr Stand, ihre Lebensfähigkeit und Zukunftsmöglichkeit: Hehulal! „Denn ich kenne die Organisation.“ Eine so beispiellos ungeschichtliche Denkwelt, die, durch und durch bürgerlich, sich nicht einmal des Objekts ihrer Untersuchung klar ist, fordert zum entschiedensten Widerspruch, zur Ablehnung heraus. Wir sind es nicht gewohnt, in einem leeren Rahmen das Wesentliche zu erblicken. Wir trachten, getreu der Marx'schen Methode, nach dem Gegenständlichen, Realen, zur Wirtschaft selbst. Und wir müssen da zu der kleinen Schrift Ballods greifen, die im Gegenjah zu dem kritiklosen Glaubensbekenntnis Goldschmidts in schweren, wichtigen Zügen ein Bild von dem gegenwärtigen Stand der russischen Wirtschaft gibt.

Die neueste Entwaffnungsnote.

Herr Simons hat neulich in einem Leitartikel der Frankfurter Zeitung sich weinerlich darüber beklagt, daß er jetzt fast in jeder Woche eine Note der Entente bekäme, die ihm neue Schwierigkeiten bereite. Er hat leider vergessen hinzuzufügen, daß er mit diesen Noten nur erntet, was er und seine Vorgänger gesät haben, als sie trotz der Warnungen unserer Partei in der Abrüstungsfrage, der Frage der Auflösung der Einwohnerwehren und der Organisation der Polizei die Bedingungen des Friedensvertrages nicht strikte erfüllte.

Der Einwohnerwehernote ist nun in diesen Tagen eine bisher verheimlichte Note des Generals Nollet gefolgt, in der dieser Schwärze über die Organisation der Polizei erhebt. Es ist bezeichnend für die ungünstige Stellung der Regierung auch in dieser Frage, daß das Auswärtige Amt sich bemüht, diese Note solange wie möglich geheimzuhalten. Die Vertreter der preussischen Regierung bitten die Presse, die Angelegenheit dieser Note sachlich zu diskutieren und nach Möglichkeit eine Einheitsfront zu bilden, das Auswärtige Amt verzweigt aber einfach die Befanntschaft der Note, so daß niemand in der Lage ist, sich ein Urteil zu bilden.

Wir sind begierig, ob das Auswärtige Amt auch in dieser Angelegenheit wieder seine eigenen Wege gehen wird, ohne die Meinung der Öffentlichkeit, ja ohne auch nur die beratende Stimme des Auswärtigen Ausschusses zu hören. — Zum Schluß ist Herr Simons dann meistens sehr empört, daß er irgendwie „mißverstanden“ worden ist, wo er es doch so gut gemeint hätte. Die Politik des Auswärtigen Amtes nach der Methode des Versteckspiels und der Geheimnisträumerei und des Beleidigungs war für politische Kinder geeignet, der deutschen Arbeiterschaft wird man mit diesen Methoden nicht mehr imponieren. Das sollte auch allmählich Herr Simons begriffen haben.

Die Regierung läßt jetzt durch das Woffische Bureau die folgende „Nichtigkeitsklärung“ verbreiten:

Berlin, 28. Dezember. Die interalliierte militärische Kontrollkommission hat unter dem 23. Dezember eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, worin sie sich mit der Art, wie die Reorganisation der Polizei ausgeführt worden ist, nicht befriedigt erklärt. Da die Reorganisation nach einem Plan erfolgt ist, der bis ins einzelne im Einvernehmen mit der Kontrollkommission aufgestellt wurde, muß angenommen werden, daß Mißverständnisse vorliegen. Das Auswärtige Amt ist damit beschäftigt, diese Mißverständnisse aufzuklären.

Nach dieser Darstellung wird es nur noch unverständlich, weshalb die Regierung diese Note, die also bereits vor einer Woche in Berlin eingetroffen ist, der Öffentlichkeit vorenthält. Die Entwaffnungsangelegenheit hat Deutschland erneut in eine äußerst kritische Situation gebracht, und die Folgen der deutschen Weigerung, den gestellten Forderungen nachzukommen, sind noch gar nicht abzusehen. Das Volk hat deshalb das größte Interesse daran, zu erfahren, was hinter den Kulissen vorgeht. Es muß darum von der Reichsregierung unbedingt verlangt werden, daß sie sofort mit der vollen Wahrheit herausrückt.

Die deutsche Regierung gegen die Abrüstung der Festungen im Osten.

Die Reichsregierung hat der Vorkonferenz eine Note übermittelt. Darin legt sie entschieden Verwahrung ein gegen eine

von der Vorkonferenz beschlossene Entschärfung der interalliierten militärischen Kontrollkommission, die für die Festungswerke an der Südbarriere die Beseitigung aller schweren Geschütze und für die Festungen an der Ostbarriere die Beschränkung auf eine angeblich nicht mehr ausreichende kleine Anzahl anordnet. Die Note führt aus, daß diese Anordnung weder dem Wortlaut, noch dem Geiste der Artikel 167 und 180 des Friedensvertrages entspreche. Inwiefern werde Deutschland sich fügen, soweit nicht seine Lebensinteressen dadurch bedroht würden. Die Note aber betont, daß die fortbauende Bedrohung der Ostbarriere durch bolschewistische Einflüsse eine ausreichende Befestigung der Festungswerke in Königsberg, Swinemünde und Pillau notwendig mache und ersucht die Entente dringend, Deutschland soviel Geschütze für diese Festungen zu belassen, wie zur Abwehr eines Einfalles, der ohne die Hilfe der Festungen unmöglich sei, notwendig sind.

Wie dem Reich die Eisenbahnen wieder abgenommen werden sollen.

Die Kapitalisten wollen einen Anteil.

Der Übergang der Staatseisenbahnen in den Besitz des Reiches, der seitlich dieses Jahres vollzogen wurde, war von vornherein ein Riesengeschäft der Einzelstaaten und ein geradezu ungeheurer Betrag am Reich. Die Einzelstaaten wurden auf Grund dieses Staatsvertrages nicht nur ihre gesamten Staatsschulden los, sondern sie erhielten noch Milliardensummen dazu gezahlt, obwohl das Reich die Eisenbahnen mit ihren gesamten Lasten übernehmen mußte. Auf diese Weise kamen die Eisenbahnen an das Reich, belastet mit einer Schuldsumme in der ungeheuren Höhe von 45 Milliarden Mark. Der Reichstag schloß sich klammerweise diesen geradezu verkehrswirtschaftlichen Staatsvertrag mit der Begründung, daß jeder andre Vertrag nur noch schlimmer ausfallen würde. Damals scheint niemand recht übersehen zu haben, welches der wahre Zweck dieser Maßnahme war: nämlich die praktische Verhinderung der Ueberführung der Eisenbahnen in Reichsbefehl. Die Vertreter der Einzelstaaten waren sich dessen bewußt, daß mit einer so ungeheuren Belastung das Reich die Verwaltung der Eisenbahnen nie durchführen könnte.

Jetzt tauchen bereits an allen Enden die reaktionären und partikularistischen Pläne auf. Im Schoße des Reichsverkehrsministeriums ist der Gedanke geboren, die Reichseisenbahnen in sieben getrennte Verkehrsgebietsgesellschaften zu verwandeln. Dieser Gedanke steht im kräftigsten Widerspruch mit den Bestimmungen der Verfassung, nach denen die Verwaltung der Reichseisenbahnen in den Händen des Reiches bleiben muß. Aber nicht nur die Einzelstaaten hoffen auf diese Weise ihre partikularistischen Wünsche durchzusetzen und, nachdem sie dem Reich die Lasten aufgebürdet haben, wieder in den Besitz ihrer Bahnen zu gelangen, sondern auch die Herren um Stinnes hoffen auf ihre Rechnung bei dieser neuen Regelung des Verkehrswezens zu kommen. Man will nämlich diese Verkehrsgebietsgesellschaften in gemeinschaftlichen Unternehmungen verwandeln, will also die Hälfte des Aktienbesitzes dem Privatkapital überlassen. Und selbst an die bekannte Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist gedacht. Damit sollen sie offenbar für den Plan gekauft werden. Die Arbeiterschaft wird auf diese Pläne rechtzeitig aufmerksam gemacht werden müssen damit sie nicht wieder wie beim Staatsvertrage vor vollendeten Tatsachen steht. Der Plan der Stinnesregierung der Eisenbahnen selbst soll in den nächsten Tagen Gegenstand eingehender Betrachtung sein.

Die blamierten Kommunisten.

Die neugeborene Vereinigte Kommunistische Partei sieht sich recht ungemütlich in der Rolle des blamierten Mitteleuropäers, in die sie durch den famosen Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale verlegt worden ist, die KAPD, als sympathisierende Partei zur Kommunistischen Internationale zuzulassen. Nachdem man die Unabhängige Sozialdemokratie zertrümmert hat, weil sie nicht in ihrer Gesamtheit die Moskauer Bedingungen schlucken wollte, nachdem man um dieser Bedingungen willen die deutsche Arbeiterbewegung in sobald nicht wieder gutzumachender Weise geschädigt hat, wüßt das Exekutiv-Komitee von Moskau diese famosen Bedingungen und alle die Thesen und Beschlüsse des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale einfach auf den Müllhaufen. Für die Altkommunisten um Leo mag das gleichgültig sein, für sie kam es ja lediglich darauf an, die nötigen Mannschaften zu erhalten, um aus dem Stadium der Sekte herauszukommen, sei es um welchen Preis immer. Für die Neu-Kommunisten um Däumig aber ist diese Beiseitelegung der Bedingungen ein bedenklicher Schlag; er dürfte doch manchen ihrer Anhänger nachdenklich und bedenklich machen.

Außerdem haben die Kommunisten allen Anlaß, den Moskauer Beschluß als eine unfreundliche Handlung anzusehen, da die sympathisierende Partei in ihrem Organ, der Kommunistischen Arbeiterzeitung in Berlin, sie mit allerley Liebenswürdigkeiten nach wie vor überschüttet. Sie sagt ihnen jetzt wieder einmal, daß die Tendenz der Führerschaft der Vereinigten Kommunistischen Partei sei „Kompromiß zwischen den herrschenden und den unterdrückten Klassen“ und vorher sagte sie die KAPD, mit einem — Sumpf gleich. Daß diese Leute in Moskau sympathische Aufnahme gefunden haben, muß die Leo und Däumig natürlich schmerzlich berühren. Sie haben ein feierliches Protestschreiben an die Moskauer Exekutive geschickt, das in seinem diplomatischen Stil eine Quelle ungetrübten Genusses für den Anbeteiligten ist. Nachdem zunächst prinzipiell protestiert worden ist, weil es falsch sei, in Ländern, wo eine kommunistische Partei bestünde, mit nichtkommunistischen Parteien in Verbindung zu treten; und weiter der taktische Grund geltend gemacht worden ist, daß das Leben der absterbenden KAPD, durch die Zulassung künstlich verlängert werde, wird schließlich aus Gründen praktischer Art Einspruch erhoben. Es wird beklagt, daß man nun nicht mehr wie früher im Kampfe gegen die KAPD, neben guten Gründen „die Autorität der Kommunistischen Internationale“ anführen könne. Ja, man sei jetzt sogar zur Zurückhaltung verpflichtet, denn wenn man sich jetzt mit der KAPD, herumprügeln würde, so würde man ja die „ganze moralische Kraft der Kommunistischen Internationale aufs Spiel setzen“. Die böse KAPD, aber lasse sich durch solche Rücksichten nicht in ihren Ergüssen gegen die sogenannte Bruderpartei beeinflussen und die Vereinigten Kommunisten fühlen sich in sehr unbehaglicher, in „einer ganz außerordentlich schwierigen und delikaten Lage“. Sie sprechen deshalb die Erwartung aus — zu fordern wagen sie anscheinend nicht —, daß das Moskauer Exekutivkomitee „seine Sympathie für die KAPD, und die Sympathie der KAPD, für die Kommunistische Internationale in eine konkrete Form bringe, die sich zunächst in einer „Regelung der Sprache“ der KAPD, zu äußern hätte“.

Zum Schluß wird beweglich beklagt, daß der Beschluß der Exekutive der Partei noch nicht einmal amtlich mitgeteilt sei, daß sie nichts über die Erwägungen der Moskauer weiß und deshalb

vorkäufig dazu verurteilt ist, „der weiteren Entwicklung zuzusehen, bis ihr diese Information zuteil wird“.

Die Vereinigten Kommunisten haben also eine sehr drastische Lektion empfangen, wie selbstherrlich die Moskauer Exekutive über die Interessen der ihr unterworfenen Parteien hinweggeht. Nichtachtender konnte diese Partei von Sinowjews Gnaden wohl nicht beklamt werden. Ob nicht manchen von denen, die sich von den Deklamationen der Däumig und Stoeker mitreißen ließen, sehr die Galle aufsteigt beim Betrachten der Konsequenzen, die die Unterwerfung nach sich gezogen hat? Es wird nicht bei der einen bitteren Erfahrung bleiben. Wenn die Lage der Arbeiterbewegung in Deutschland nicht so kritisch wäre, wir könnten die Entwicklung ruhig und stillerzigt abwarten!

Die Moskauer haben schon früher kein Hehl daraus gemacht, daß sie die Leoiten und Däumige nicht allzuhoch als Politiker und Revolutionäre schätzen. Anscheinend haben sie ihnen durch die Aufnahme der KAPD, zeigen wollen, daß sie noch viel zu tun haben, ehe sie in Moskau als vollgiltig angesehen werden, daß ihnen antreibende Konkurrenz durch die KAPD, notwendig ist. Wohl bekomms!

Ein freigesprochener fürstlicher Schieber.

Das Hamburger Fremdenblatt meldet aus Stockholm: Das hiesige Hofgericht kam heute in dem Prozeß wegen der feinerzeit in einem Flugzeug nach Schweden gebrachten Juwelen des Fürsten von Albanien (!) einstimmig zu einem Freispruch von allen Anklagen und Beschuldigungen. Die Freigabe des gesamten Schmuckes wurde verflät.

Der Herr, der den Geschmack hat, sich nach seinem längst verjährten Sinauschnitt aus Albanien noch Fürst dieses Landes zu nennen, ist der Sproß eines ehemaligen deutschen Duodesfürstengeschlechts, mit dessen „Souveränität“ feinerzeit Napoleon aufräumte. Es ist der Prinz von Wied, dessen Juwelen feinerzeit durch Flugzeug nach Schweden verschoben wurden. Nach schwedischem Recht ist das aber erlaubt. Aber nach deutschem? Wird dem „Fürsten von Albanien“ in der Deutschen Republik der Prozeß gemacht werden wegen Vernebens gegen das Kanalküchengeh? Wir sind gespannt — auf die „Gründe“, die das ausschließen werden!

Kongress der französischen sozialistischen Partei.

Tours, den 28. Dezember 1920.

In der an beiden Ufern der Loire liegenden Vaterstadt des französischen Dichters Rabelais begann gestern der Parteitag der französischen sozialistischen Partei. Anwesend sind über 300 Delegierte. Unter ihnen überwiegen nicht nur Intellektuelle, sondern man hat fast den Eindruck, man befände sich in einem Kreise auseresener Wissenschaftler. Dieser Gelehrtenapparat ist nicht nur eine Eigentümlichkeit der Renaudel-Gruppe, sondern er findet sich in hohem Maße auch bei den sich um Jean Longuet und Frossard kristallisierenden Kreisen. Gemäß wiegt er bei der Rechten und beim Zentrum entschieden vor, aber in diesen Reihen finden wir auch all die alten Vorämpfer der französischen Partei, während sich die Linke doch hauptsächlich aus den Jüngeren zusammensetzt.

Das geistige Übergewicht des Zentrums und der Rechten tritt auch schon sehr bald bei der Berichterstattung der einzelnen Departements in Erscheinung, die an Stelle der Berichterstattung des Vorstands und der parlamentarischen Gruppe gefolgt wird: als Einleitung der im Mittelpunkt des Kongresses stehenden Frage der Internationale gedacht ist. Das war ein sehr glücklicher Gedanke. Dadurch, daß jeweils ein Vertreter der Mehrheit und der Minderheit abwechseln, wird tatsächlich ein wertvoller Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Organisationen ermöglicht. Dazu trägt auch nicht zuletzt die angeordnete Redebegehung der Franzosen bei, welche diese befähigt, schon in wenigen Sätzen ein deutliches Bild zu entwerfen.

Je nach dem Departement sind natürlich auch die Mehrheiten verschieden gelagert. Dabei fällt auf, daß oft ausgesprochen bäuerliche Bezirke mit den Extremisten von Paris an Rabiakismus mitteilern, während mittlere Industriebezirke wieder mit Mehrheit die Moskauer Bedingungen ablehnen. Bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Ausführungen, welche ein Vertreter des Departements Saone et Loire machte. Dort hatten die ländlichen Gruppen ausnahmslos für die Resolution Cahin-Frossard gestimmt, während die Arbeiter wichtiger Industrieorte wie Creuzot den Anschluß an Moskau ablehnten. In demselben Departement geschah es auch, daß sämtliche in diesem Jahre neugegründeten Ortsgruppen samt und sonders für den bedingungslosen Anschluß an die dritte Internationale stimmten, was Renaudel den auch in der Mitte mit starkem Beifall aufgenommenen Zwischenruf entlockt: Das ist eben neuer Sozialismus.

Da oft von einem und demselben Bezirk die entgegengesetzten Bewertungen der Lage gegeben werden, so kommt es natürlich häufig zu erregten Zwischenfällen, die aber keineswegs in ein gegenfeitiges Beschimpfen ausarten. Wiederholt wird auch von den Extremisten wiederholt, daß die abgegebenen Stimmen für die Resolution Cahin-Frossard durchaus nicht als Gradmesser der revolutionären Energie betrachtet werden dürfen. Die meisten der Befürworter verbanden damit in erster Linie nur eine Sympathie-Erklärung für die russische Revolution. Keinesfalls wolle man sich auch Moskau bedingungslos unterwerfen. Das tun nur die ganz Neuen in der Bewegung.

Die erste Sorge um die Erhaltung der Partei-Einheit bildet den immer wiederkehrenden Unterton der Reden aller Richtungen. Alle Extremisten verwahren sich aus diesem Grunde mit Entschiedenheit gegen den Anschluß des Genossen Jean Longuet, dessen unerhördete Haltung im Kriege — im Gegensatz zu Cahin und Frossard — wiederholt Gegenstand von Ovationen und Dankesbezeugungen wird. Ob man aber auf eine Scheidelinie zur Renaudel-Gruppe hinüber verläßt, das freilich scheint zum mindesten noch zweifelhaft zu sein. — Nach seiner auf dem Kongress der Seine-Föderation abgegebenen Erklärung vertritt zwar Frossard einen solchen Trennungsgedanken, aber es sind schon manche Stimmen laut geworden, welche deutlich den Anschluß von Renaudel und Genossen verlangen. Ob diese als Zeichen dafür betrachtet werden sollen, daß die Politik der Cahin-Frossard diese selbst zu überschlagen droht oder ob die von Frossard abgegebene Erklärung nur eine verlockend aufgerichtete Falle ist, darüber werden sich die entgegengesetzten Tendenzen wohl bald Klarheit zu verschaffen wissen. Einsteilen schaut Frossard von der Vorstandströhne dem Rednerpult hin in den Saal mit einem ewigen ironischen Lächeln zu, während sein Partner Cahin äußerlich teilnahmslos hinten in einer Ecke des kleinen Saales sitzt.

Tours, 28. Dezember. (W. I. B.) In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des sozialistischen Parteitages sprach der Deutierte Blum für die rechtsstehenden Sozialisten. Er erklärte, auch er sei ein Anhänger der Diktatur des Proletariats. Wenn man aber die Diktatur einer Klasse annehmen könne, so bedeute das noch lange nicht, daß man die Diktatur einer Gruppe von Individuen erdulden wolle; man wolle nur die zeitweise Diktatur annehmen, damit das Proletariat die Mächtigkeit habe, zu organisieren. Die Anhänger von Moskau aber seien für ein dauerndes demokraties System, weil sie den Terrorismus als ständiges Mittel annehmen wollten. Seine Anhänger seien der Ansicht, daß man alles unterlassen müsse, was neue Konflikte zu verhindern geeignet sei. Sie seien also Anhänger der nationalen Verteidigung, die durchaus nicht unvereinbar sei mit dem sozialistischen Gewissen. Jetzt müßte man frei bekennen, ob man die Dritte Internationale annehmen könne oder nicht; er könne es nicht. Blum verlangte, man solle

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Funktionäre von Volkmarshof, Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Silberpappel, Kirchstr. 17, wichtige Sitzung. Erscheinen aller ist notwendig.

Funktionäre Anger, Donnerstag, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Angerschloßchen wichtige Sitzung. Alle erscheinen.

Gruppenrat 8, Industrie und graphisches Gewerbe, Donnerstag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Der stärkste Hebel unserer Befreiung.

Der alte Vorkämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung, Wilhelm Liebknecht, sagte einmal: Bemächtigen wir uns der Presse; sie wird der stärkste Hebel unserer Befreiung sein. Wilhelm Liebknecht hatte also recht damit. Nichts ist für die Befreiung der Massen und für ihren Befreiungstempel wichtiger als eine starke Arbeiterpresse. Auch das Bürgertum ist sich dieser Tatsache bewußt. Der deutsche Milliardär Stinnes hat nicht umsonst in letzter Zeit über 60 deutsche Zeitungen aller Richtungen aufgekauft. Denn wer die Presse hat, hat auch die Möglichkeit, seine Ideen in das Volk zu bringen. All die gekauften bürgerlichen Zeitungen stößen ihren Lesern täglich das Gift kapitalistisch-profit-süchtiger Denkart ein. Was sie schreiben, ist nicht öffentliche Meinung, sondern gekaufte Anschauung. Sie korrumpieren das gesamte öffentliche Leben. Für die arbeitenden Massen liegt darin eine große Gefahr. Sie werden geistig vergiftet, wenn sie sich nicht dagegen wehren. Nach dieser geistigen Verseuchung kommt die materielle Knechtschaft. Es gibt nur ein Mittel für die Arbeiter, sich dieser Infizierung zu erwehren. Sie muß sich der Presse bemächtigen, sich eigene Zeitungen schaffen, die frei von der kapitalistischen Beeinflussung sind.

Auch die Leipziger arbeitende Bevölkerung muß mehr als bisher die Wahrheit jenes Liebknecht-Wortes erkennen. In immer mehr Wohnungen hat das wahrhaft sozialistische Arbeiterblatt, die Volkszeitung, zu dringen; gibt es doch noch allzu viele, die noch immer nicht die Bedeutung der sozialistischen Presse begriffen haben. Gebantenlos bleiben sie Leser der bürgerlichen Presse und stärken damit das kapitalistische Bürgertum. Gerade in den Kämpfen, die die Arbeiterklasse jetzt durchschreiten und die sie in der kommenden Zeit durchschreiten muß, ist eine starke sozialistische Presse eine unentbehrliche Waffe. Sie muß Wegweiser sein in dem geistigen Ringen der Arbeiterklasse um die sozialistische Erkenntnis. Die Leipziger Volkszeitung wird darum den Arbeiterbildungsbestrebungen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen, sie wird dieser jetzt mehr denn je notwendigen Tätigkeit der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung namentlich im Feuilleton-Raum geben. Die bürgerliche Presse steht den Arbeiterbildungsbestrebungen ablehnend oder gar feindsüchtig gegenüber. Für sie gibt mehr oder weniger noch immer das kapitalistische Prinzip, dem Arbeiter nur soviel Wissen zu geben, als für die Produktion von Mehrwert unbedingt notwendig ist. Deshalb gilt es, daß sich in jedes Arbeiters, Angestellten und Beamten Hirn die Erkenntnis der Wahrheit des Wortes Wilhelm Liebknechts Bahn bricht: Die sozialistische Presse wird der stärkste Hebel unserer Befreiung sein.

Werbt daher neue Leser für die Leipziger Volkszeitung.

Hafersflocken zur Brostreckung.

Der Nahrungsmittelchemiker Dr. Walter D. aus Altona-Bahrenfeld tritt für die Verwendung von Hafersflocken zur Brostreckung in folgendem Artikel ein:

In einer sehr beachtenswerten Denkschrift befragt die Hafersflocken-Zentrale Berlin die Brostreckung durch Hafersflocken und betont gleichzeitig, daß zu diesem Zwecke nur erstklassige, das heißt sowohl entdickerte als von Spelzen befreite Hafersflocken verwendbar sind.

Diese Anregung sollte sobald wie möglich zur Tat werden, denn wer sich wie ich eingehend mit diesen Versuchen praktisch-wissenschaftlich beschäftigt, kann nur dem beipflichten, daß von dem Augenblick an, wo genügend Hafersflocken für diesen Zweck verfügbar sind, sie das gegebene Brostreckungsmittel sind, dem sich das technische Schwierigkeiten in keiner Weise in den Weg stellen, selbst bei einer Verwendung bis zu 25 Prozent. Die Nährwertsteigerung gegenüber andern Brostreckungsmitteln steht außer Frage, und die zweifelloso erhöhte Bekömmlichkeit des mit Hafersflocken gestreckten Brotes ist ein weiterer Gewinn für die Volksernährung.

Unser Volk schreit förmlich nach einem bekömmlichen Brote. Vorurteil und Mißtrauen gegen das Brot werden endgültig schwinden in dem Moment, wo für eine hinreichende Volksaufklärung gesorgt wird, daß fortan das Brot nur noch mit einwandfreien Hafersflocken gestreckt werden darf.

Einwandfreie Hafersflocken können natürlich, wie schon die Denkschrift mit Recht betont, nur für diesen Zweck in Frage kommen. Es ist zur Genüge bekannt, daß bisher auch auf diesem Gebiete viel gesündigt worden ist und daß Hafersflocken in den Konsum gelangten, für deren Herstellung jeder bewilligte Zentner Kohle zu schade war, und außerdem durch mangelhafte Schälmethoden und unzulängliche Präparation dieses ebenso nährstoffreiche wie bekömmliche Nahrungsmittel bei den Konsumenten in Mißkredit brachten.

Bekanntlich ist es aber bei dem heutigen Hochstand deutschen Mühlenbetriebes nur eine Aufgabe der Gewissenhaftigkeit und anerkannt bewährter technischer Einrichtungen, über die unsre modernen eingerichteten Hafersmühlen verfügen, um einwandfrei Hafersflocken zu erzeugen, die hochwertiges Nahrungs- und Genussmittel zugleich sind. Solche Hafersflocken sind garantiert entdickert, von bakteriartigem Wohlgeschmack und speisefrei. Jede andre Ware, die diesen Anforderungen nicht genügt, müßte vom Markt verschwinden und ihr der Weg, als Brostreckungsmittel verwendet zu werden, versperrt sein. Es sind zur Zeit bereits ausreichend bewährte Hafersmühlensfabriken im Betrieb, die denartig einwandfreie Hafersflocken liefern, wie sie allein als Nahrungsmittel und Brostreckungsmittel in Frage kommen, so daß eine Brostreckung mit 10 Prozent Hafersflocken ohne weiteres durchführbar wäre und eventuell darüber hinaus.

Die erwähnte Denkschrift der Hafersflocken-Zentrale weist darauf hin, welche ungeheuren Ersparnisse dem Reiche daraus erwachsen, schon wenn man nur eine 10prozentige Brostreckung

durch Hafersflocken zur Durchführung bringt. Die Vorentscheidung der Reichsregierung würden diese in den Stand setzen, mehr als eine Milliarde Mark für anderweitige Verbilligung von Nahrungsmitteln zu verwenden. Ausschlaggebend in der ganzen Frage ist aber die Tatsache, daß die Ernteeinnahme an Brostgetreide bekanntlich wesentlich hinter den Erwartungen zurückbleiben und Jahre hindurch zurückbleiben werden. — diese Tatsache zwingt diktorisch, diesen Weg der Brostreckung durch Hafersflocken zu beschreiten.

Die Vorzüge der Brostreckung durch präparierte Hafersflocken der Hafersmühlensindustrie liegen nach weit zurückreichenden Erfahrungen so günstig, daß eine Streckung des Brotes mit 10 Prozent Hafersflocken nicht als eine Brostreckung anzupreisen ist, sondern tatsächlich eine Brotverbesserung bedeutet, sowohl in geschmacklicher Hinsicht als auch ganz besonders hinsichtlich der Nährwerte des Brotes. Ein Zusatz bis zu 25 Prozent Hafersflocken geben dem Brot einen ganz vorzüglichen Geschmack, das Brot ist vom Roggenbrot dem Aussehen nach nicht zu unterscheiden, ist aber weit bekömmlicher. Wäre diese Tatsache so hinlänglich bekannt, wie sie es verdient, so wäre sie schon heute in der Hausbäckerei weit ausgiebiger verwertet worden. Ausgedehnte Bäckversuche mit Hafersmehl und Hafersflocken allein geben mit darum Veranlassung, die Zuersticht auszusprechen, daß man trotz des Klebemangels im Hafer erfolgreich dazu gelangen wird, durch ein recht einfaches und einwandfreies Verfahren nicht nur Trockengebäck, wie Zwieback usw., sondern auch frisches Haferbrot ohne Zuhilfenahme von Weizen und Roggen in schmackhafter und bekömmlicher Weise herzustellen. Es ist zu wünschen, daß diese Darlegungen auch diesem Zweck dienen, so daß es sich wohl lohnt, auf Nährwert und Bekömmlichkeit der Hafersflocken noch etwas näher einzugehen.

Der Hafer ist Nahrungs- und Heilmittel zugleich. Seine Wertschätzung als Heilmittel in Gestalt von Haferschleim und Hafersgrühe reicht sehr weit zurück, während seine Bedeutung als Nahrungsmittel erst in den letzten Jahren erkannt wurde. Die Ärzte schätzen ihn längst als Stärkungsmittel und reizlose Nahrung für Kranke und besonders für Magen- und Darmkranke. Ebenso ist bekannt, daß Zuckerkranken unbeschadet Haferbrot oder Haferszwieback genießen können, ja, bei Diabetikern wurden durch Hafersmehl Heilwirkungen erzielt. Dr. Winkels Laboratorium für Nahrungsmittel und Volksernährung in Berlin, das sich wohl am eingehendsten mit der Untersuchung des Hafers beschäftigt und diese Ergebnisse in einer sehr beachtenswerten Broschüre: Der Hafer in seiner Bedeutung für die Volksernährung und Volksgesundheits niederlegt, ist gegenwärtig beschäftigt mit der Klärung des antidiabetisch wirksamen Stoffes im Hafer.

So wichtig also der Hafer als Heilmittel ist, so wertvoll ist er als Nahrungsmittel. Seine Durchschnittszusammensetzung mit 14 Prozent Eiweiß, 7 Prozent Fett und 65 Prozent Kohlehydrate, woraus sich ein Nährwert von 389 Wärmeinheiten ergibt, beweist, daß neben der Stärke der hohe Gehalt an Eiweiß und Fett den Hafer als wertvolles Nahrungsmittel kennzeichnet. Aber auch an Nährfasern ist der Hafer nicht arm. Beachtenswert ist auch der hohe Gehalt an Lecithin. Töpfer fand in seinem Fein 12 Prozent Lecithin. A. Euler schreibt dem Kolloroid und seinem Eisenhalt, als wesentlicher Bestandteil des Eiweißgehaltes, wichtige biologische Wirkungen des Hafers zu. Ein weiterer wichtiger Eiweißbestandteil des Hafers ist das nach ihm benannte Avenin.

In dem vorerwähnten Gehalt von 65 Prozent Kohlehydraten sind durchschnittlich enthalten: 2 Prozent Zucker, 2 Prozent Dextrin und 61 Prozent Stärke. Für die Bekömmlichkeit des Hafers sind gewisse ihm eigentümliche Enzyme und Fermente von biologischer Bedeutung. Diese biologisch wichtigen Substanzen werden zwar durch Kochen und Bäckhitze mobilisiert und beeinträchtigt, weshalb immer wieder betont werden muß, daß für Haferspeisen nur eine geringe Kochdauer empfehlenswert ist, aber die notorisch leichte Bekömmlichkeit des Haferbrotes bzw. des mit Hafersatz zubereiteten Brotes ist ebenfalls zum Teil auf diese Fermente zurückzuführen; wie andererseits auf das leicht verdauliche Eiweiß und besonders die zuträglichste Art der Stärke, die selbst den Zuckerkranke eine normale Verwertung für den Körperaufbau ermöglichen. Der Haferschleim, gewisse dem Hafer eigentümliche Schleimsubstanzen, helfen das Haferflocken in feiner verteilter Form ein und machen damit auch diesen wertvollen Bestandteil der veredelten Haferprodukte, wie zum Beispiel der Hafersflocken, leicht verdaulich und bekömmlich.

Nach dem Gesagten dürfte wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß vom biologischen und ernährungsphysiologischen Standpunkt der Hafer in Gestalt von veredelten Hafersflocken, die entdickert und speisefrei sind, nicht nur ein vorzügliches Nahrungsmittel darstellt, sondern im wahren Sinne als typisches Nahrungsmittel einzuschätzen ist. Die Streckung unres Brotes mit 10 Prozent Hafersflocken ist also tatsächlich eine Veredelung unres Brotes in jeder Beziehung, und da damit zugleich eine recht bedeutende Ersparnis erreicht wird, so darf keinen Moment gezögert werden, diesen Vorschlag einheitlich über ganz Deutschland zu realisieren.

Wohltäter der Menschheit.

In Nr. 355 vom 25. 12. 20 schreiben die Leipziger Meisten Nachrichten zur Weihnachtsfeier in den Schulen im Osten der Stadt:

Ein besonderes freundliches Gesicht läute es, daß Frau J. Mansfeld die Frau des Industriellen Hugo Mansfeld) die Leitung der Schulfeierungen übernehmen konnte. Ihre Erfahrungen in den Kreislauf brachte sie der neuen Einrichtung entgegen. Mit großer Liebe und unermüdlicher Ausdauer nimmt sie sich der bedürftigen Kinder an.

Siezu schreibt man uns: Für die Tätigkeit der Frau Mansfeld haben wir auf die Straße getriebenen, heruntergerissenen, halb verunglückten und zum Weihnachtsfeste mit der Entlassung beglückten Mansfeldischen Arbeiter volles Verständnis. Der Gatte der Frau Mansfeld, Herr Hugo Mansfeld, ist leitender Geist in der Lohnkommission des Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig. Man ist wohlwilling auf Kosten der Duäker und nicht auf Kosten der Metallindustriellen. Diese beuten ihre Arbeiter nur aus und manne verdrängen die Werte nach dem Ausland. Dafür lassen sie die hinkenden Kinder ihrer Arbeiter von feindlichen Ausländern vor dem Hungertode retten. Das ist das heutige ärztliche Unternehmertum. Werden die Arbeiter daraus ihre Schlüsse ziehen?

Särten des Zigarettensteuergesetzes.

Eine bemerkenswerte Entscheidung in Steuerfragen hat das sächsische Oberlandesgericht gefällt. Nach § 10, Absatz 2, des Zigarettensteuergesetzes ist derjenige, der unversteuerte oder nicht genügend versteuerte Zigaretten im Gewahrsam hat, verpflichtet, dies binnen drei Tagen der Steuerbehörde anzuzeigen. Im Unterlassungsfall unterliegen sie der Einziehung, ganz gleich, ob eine Bestrafung wegen Steuerhinterziehung erfolgt oder nicht. Am 5. Juli 1919 wurden im Verkaufsladen des Zigarettenhändlers Clafer in Leipzig 21 000 Stück unversteuerte amerikanische und englische Zigaretten und 380 Stück Zigaretten Freiherr v. Wildensels mit einem zu niedrigen Steuerzeichen vorgefunden. G. will den ersten Posten von einem Unbekannten erst tags zuvor zur Aufbewahrung erhalten und die übrigen von einer Hamburger Firma, deren Vertreter er früher gewesen sei, geschenkt bekommen haben, und zwar auch erst am Tage

vorher, so daß in beiden Fällen die im Gesetz vorgesehene dreitägige Anzeigefrist noch nicht abgelaufen wäre. Schöffengericht und Berufungsinstanz haben zwar von einer Bestrafung des Angeklagten wegen Steuerhinterziehung abgesehen, dagegen die Einziehung der beschlagnahmten Zigaretten ausgesprochen. Die Einziehung sei berechtigt, gleichviel wenn die Zigaretten gehörten. Das Gesetz bezwecke eben die Erfassung aller unversteuerten oder nicht genügend versteuerten Zigaretten. Die Revision des Angeklagten wurde vom Oberlandesgericht verworfen. Die weite Fassung des § 23 rechtfertige die Einziehung, denn auch unterlege im steuerrechtlichen Interesse jeder Posten der Einziehung, der nicht mit den gehörigen Steuermarken ausgestattet ist, ganz gleich, ob ein Strafverfahren vorliegt oder nicht. Es genügt der objektive Befund der unversteuerten Zigaretten. Die Einziehung sei selbst dann gegeben, wenn der Gewahrsamhaber der gesetzlichen Anzeigepflicht genügt habe. Höchstens könne sich der Betreffende vor der Hinterziehungsstrafe schützen, wenn die Voraussetzungen des § 17, Absatz 3, gegeben seien. Nach den Ausführungen des Oberstaatsanwalts zweifelslos eine Härte, wie sie aber in vielen Steuerfällen zu finden wären.

Nicht unterschreiben. Den Mietern werden jetzt wieder Formulare von den Hauswirten vorgelegt, in denen sie ersucht werden, durch ihre Unterschrift sich mit einer neuen Mietpreishöhung einverstanden zu erklären. Die Hauswirte dürfen ohne Zustimmung des Mietvereins die Mietmieten nicht erhöhen. Die Mieter tun daher gut, in solchen Fällen nichts zu unterschreiben, sondern sich sofort an das Mietvereinsamt zu wenden.

Elternabend. Am 22. Dezember veranstaltete, wie man uns schreibt, die 20. Volksschule im Gasthof zu L-Stütz einen Elternabend in Form einer Weihnachtsfeier. Nach Darbietung von Weihnachtsgedichten und Weihnachtsgeschichten wurde unter reichem Beifall das Märchenstück Schneewittchen und Kasperl aufgeführt. Eine Sammlung unter den Anwesenden zum Besten notleidender Schulkinder ergab den Betrag von 180 Mk. — Ebenso hatte die 45. Volksschule am 21. Dezember die Eltern zu einer Weihnachtsfeier eingeladen. Der Schulsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Den Darbietungen, die zum Teil wiederholt werden mußten, folgte starker Beifall. Auf Anregung aus Elternkreisen fand zugunsten der Schülerbäckerei eine Sammlung statt, die den Ertrag von 200 Mk. ergab.

Vom Verband Volksgesundheit (Mitglied des Arbeiterpartei) wird uns geschrieben: Der Verband Volksgesundheit wird von den Arbeitsgenossen immer mit den Naturheilvereinen verwechselt. Hier möchten wir darauf aufmerksam machen, daß bei dem Naturheilverfahren die persönliche Gesundheitspflege die Hauptrolle ist. Unser Verband jedoch sucht den Arbeitsgenossen zu der Erkenntnis zu bringen, daß unser Krankheitsbild hauptsächlich in unsern heutigen sozialen Verhältnissen, in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet ist. Deshalb stellen wir auch die gesundheitliche und heilungsbereitende Aufklärung in den Dienst des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Bedauerlicherweise finden wir aber den größten Teil der Arbeiter, welche sich für gesundheitliche Fragen interessieren, meist in den kleinbürgerlichen Naturheil-, Kneipp-, Jastre-, homöopathischen Vereinen usw. So sind in Leipzig und Umgegend mindestens 5000 Arbeiter in den bürgerlichen Naturheilvereinen organisiert, und leider haben sie noch nicht erkannt, in welcher Gesellschaft sie sich befinden; aber sie brauchen nur einen Blick in die Zeitschrift Der Naturarzt zu werfen. Deshalb, Arbeitskollegen, muß es eure Ehrenpflicht sein, den bürgerlichen Naturheilvereinen den Rücken zu kehren; werdet Mitglieder in dem auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verband Volksgesundheit.

Eine „Mutterkutscherei“. Um den auf Massen und Ausstellungen vorkommenden Missetat der B. S. A. H., d. h. das „Abgucken“ oder „Nachspionieren“ von Massen und Entwürfen zu bekämpfen, hat der bekannte Münchener Kunstverleger Jean Bed angeregt, für die Leipziger Messe eine Sachverständigenkommission aus Künstlern und Fachleuten als „Mutterkutscherei“ zu berufen. Sobald eine Anzeige wegen Mutterkutscherei erfolgt, soll diese Kommission sofort den Fall prüfen, so daß der Geschädigte mit dem Sachverständigenurteil bei jedem zuständigen Gericht ein Urteil erwirken kann. Das Leipziger Meßamt hat die Bildung der Kommission bereits durchgeführt.

sk. Leipzig sich einer höheren Eisenbahnbehörde? Die Hausbesitzer Leipzig hat ein auch vom Räte der Stadt Leipzig, dem Leipziger Meßamt, dem Zentralaussschuß Leipziger Arbeitgeberverbände, der Leipziger Gewerkschaft und dem Verband reisender Kaufleute unterzeichnetes Telegramm an den Reichsverkehrsminister Groener gerichtet, in welchem um Schaffung einer höheren Eisenbahnbehörde, einer Eisenbahn-Obergeneraldirektion, in Leipzig gebeten wird. Nur so könne Leipzig künftig wirtschaftlich auf seiner Höhe gehalten werden. Die Angelegenheit wird die am Dienstag in Dresden stattfindende Konferenz des Reichsverkehrsministeriums mit den Leitern der Reichseisenbahn-Zweigstellen beschäftigen.

Vertretung vor dem Miet- und Pachteinigungsamt. Nach einer Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern vom 16. Dezember 1920 unterliegen die Vollmachten und die Vergleiche im Verfahren vor dem Einigungsamt der sächsischen Stempelsteuer. Es wird deshalb den Parteien, die sich vor dem Miet- und Pachteinigungsamt, der Schiedsstelle für Sammelheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen und dem Pachteinigungsamt für Kleingarten- und Kleinpachtland vertreten lassen, angeraten, die für ihren Vertreter ausgestellte Vollmacht vor dem Stempel vorzulegen.

Reisebrotmarken. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Reisebrotmarken alten Musters (großes Format) mit dem 31. Dezember 1920 ihre Gültigkeit verlieren. Vom 1. Januar 1921 ab gelten nur noch die neuen Reisebrotmarken (kleines Format). Umgetauscht werden die alten Marken nicht.

Der Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen sieht sich gezwungen, abermals seine Mieter, und zwar um 25 Prozent zu erhöhen. Eine Anzahl Mitglieder ersuchen uns, die Mieter aufzufordern, mit ihrer Zustimmung solange zu warten, bis die im Januar stattfindenden Bezirksmieterversammlungen Stellung genommen haben.

Geschädigte gesucht. Beim Räumen einer Abortgrube eines Grundstücks in Leusch am 30. v. M. wurden eine Anzahl lederne Brief- und Handtaschen sowie Geldtäschchen, darunter koloniallederartig gepreßte, gefunden. Die Gegenstände können erst in der Zeit von August bis September vorigen Jahres bis Ende vorigen Monats in die Grube geworfen worden sein und rühren allem Anschein nach von Diebstählen oder Raubüberfällen her. Sie sind gereinigt worden und können bei der hiesigen Kriminalabteilung beschlagnahmt werden. Etwas Geschädigte wollen sich baldigst dafelbst melden.

Hygiene-Messe. Vom 6.—12. März 1921 findet die 2. Hygiene-Messe statt, sie wird veranstaltet vom Verein zur Förderung der Hygiene-Messe, E. V., Leipzig.

Lebensmittellieferer für Donnerstag, den 30. Dezember. Für Händler. Teigwaren: Bezugscheinentnahme.

Aus der Umgebung.

Sitzung des Bezirksausschusses in Leipzig.

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig hielt am Dienstag eine öffentliche Sitzung ab. Einen breiten Raum nahmen die Verhandlungen über die Genehmigung der Nachträge der Gemeindefeuerordnungen von Seehausen, Göhrzen, Albersdorf, Hohensaida und Quasitz ein. Es handelte sich dabei um die Festsetzung der Grenzen des Mindesteinkommens durch die einzelnen Gemeinden. Vom Referenten wurde hierzu bemerkt, daß den Gemeinden nachgelassen ist, ein gewisses Einkommen von der Steuer freizulassen, das sogenannte Kleineinkommen. Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8. November 1920 seien Einkommen bis zum Betrage von 5000 Mk. gemeint. Bei Ueberschreitung gewisser Höchstgrenzen in den vorliegenden Nachträgen leitens der Gemeinden erfolge Einspruch durch das Landesfinanzamt. Eine anderweitige Festsetzung dieser Grenzen sei jetzt aber nicht mehr möglich, weil die Verordnung erst am 12. Dezember an die Gemeinden gelangt ist, die betreffenden Gemeindefeuerordnungen aber bis zum 31. Dezember den Landesfinanzämtern zugegangen sein müssen. Es möchte von den Gemeinden möglichst ein Satz festgehalten werden. Damit würde aber diesen die Bewegungsfreiheit genommen werden. Wir haben Industrie- und landwirtschaftliche Gemeinden. Welcher Grad der Selbständigkeit bliebe ihnen dann noch? Der Nachtrag von Seehausen hält sich an den Landeserwerbentwurf und erhöht das Einkommen um Mindesteinkommen ausschließlich beim Gesamteinkommen von 5000 Mk. Der Vertreter von Quasitz machte geltend, daß man sich aus besonderen Gründen nicht an die Entschickung halten könne. Die Grenzen niedriger zu setzen, würde nur zu Gesuchen auf Steuererlass führen, der vom Landesfinanzamt nach längerem Aufsuchen zu gewähren sein würde. Den Gemeinden ist aber durch besondere Richtlinien empfohlen worden, die Zusatzsteuer vom Einkommen auszunehmen, insoweit die Reichseinkommensteuer dadurch nicht gefährdet ist. Im anderen Falle würden sie aus dem Ausgleichslohn nichts erhalten. Das Landesfinanzamt habe kein Recht, Grenzen festzusetzen, soweit nicht große Einkommen in Frage kommen. In Quasitz besteht die übergroße Mehrheit aus Kleinrentnern. Das kleinste Haus mit nur einem selbständigen Bewohner hat allein an Grundsteuer 170—180 Mk. zu zahlen, eine an sich hohe Belastung des Grundbesitzes. Es erscheint daher gerechtfertigt, wenn Mindesteinkommen erst bei Einkommen von über 20000 Mk. zur Versteuerung herangezogen werden. Die Begründung für Quasitz wird für hinsichtlich erklärt und leitens des Amtshauptmanns vorgeschlagen, über die Nachträge nochmals zu beraten. Jede Gemeinde solle in kurzen Umrissen darlegen, wie sie dazu gekommen, daß die Höchstgrenze der normalen Bestimmungen nicht eingehalten worden ist. Dieser Standpunkt wird von den Vertretern der Gemeinden gebilligt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung steht den Arbeiterhäusern bei Bauten vor. Es wird die Beschaffung geeigneter Aborte gefordert. Wenn es den Unternehmern unmöglich ist, solche zu errichten, dann möchte in Privatgrundstücken dafür gesorgt werden. Möglichenfalls müßten solche durch die Polizei vorgeschrieben werden. Für die Zeit vom 1. 9. bis 1. 5. nicht wie bisher von 15. 10. bis 15. 4., ist auch bei Bauarbeiten unter 10 Mann für vorrhythmische Unterbringung der Leute zu sorgen in Räumen von menschenwürdigem Zustande. Die Bestimmung müsse im Gesetz fallen, wonach erst bei Beschäftigung von mehr als 10 ständigen Arbeitern geeignete Räume vorzulegen sind. Es sei nicht einzusehen, daß bei einer Beschäftigung von 8 Mann jedweder Arbeiterhaus ausgeschlossen sein soll. Die Zahl solle sich rechtlich nicht begrenzen. Seitens der Vertreter der Arbeitnehmer wurden diese Vorläufe als Material zur Verhandlung durch die Sachverständigen vorgelegt. Man erklärte sich nicht damit einverstanden, die vorgeschlagenen Neuerungen erst mit dem Einleben einer neuen Arbeitsperiode zu beraten.

Engelsdorf. Aus der Schulvorstandssitzung. Am einmütigen Zusammenarbeiten zwischen Schule und Turnvereinen zu erwidern, wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, die sich aus Schulvorstand, Lehrerschaft und je einem Vertreter der beiden Turnvereine zusammensetzt. Am 15. Dezember fand eine Feiernacht in der Schule statt, die vor vollen Besetzung ausfiel. Es sollen mehrere Minimax-Apparate angeschafft werden. Von einem Einwohner wurde ein Geldbeitrag zur Errichtung einer Volksbibliothek gestiftet. Infolge Festsetzung des Anstellungsalters auf 27 Jahre hat das Ministerium die Beschäftigung des Lehrers Wenig herabgesetzt. Auf Grund der zu niedrigen Originalbesoldung der hiesigen Gemeinde wird die Beschaffung von Lehrkräften immer schwieriger. Verschiedene Anregungen des Elternrates wurden zur weiteren Erörterung zur Kenntnis genommen. Ferner beschloß man, die jährliche ärztliche Untersuchung der Schulkinder. Zur Durchführung wurde der Arbeitsausschuss mit den Vorarbeiten beauftragt. Die Mädchenfortbildungsschule soll am 1. April 1921 eingeführt werden. Die Mängel in der Beschaffung der Schule sind durch Reparaturen und Verbesserungen beseitigt worden. Zur Beschaffung von Schreibmaschinen wurden 11000 Mark bewilligt. Nach einem Bericht über die Gründungsversammlung einer Lehr- und Lernmittelgenossenschaft beschloß man, eine abwartende Stellung einzunehmen. Zur Beschaffung der 6. Lehrerstelle wurde Herr Raabich gewählt.

ma. Taucha. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde beschloßen, den Erwerbslosen eine Weihnachtsgabe zu geben und zwar 50 Mk. für Verheiratete, 35 Mk. für Ledige und 5 Mk. für jedes Kind. Die Kosten würden ungefähr 17—18000 Mk. aus Stadtmitteln betragen. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, für Verheiratete 100 Mk., für Ledige 60 Mk. und für jedes Kind 10 Mk. zu gewähren. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Andere Fraktion gab zu dem Antrag der Kommunisten folgende Erklärung ab: Wir können unter diesen Umständen nicht für den Antrag eintreten, da wir gar nicht wissen, ob momentan die Kasse in der Lage sein wird, die Summe von 35000 Mk. für morgen zu beschaffen, stehen aber den weiteren Forderungen der Erwerbslosen impaßvoll gegenüber. Zum andern Punkt lag die Besteuerung des vom Reich freizulassenden Einkommensteuerzweites vor. In einer früheren Gemeinderatsbesitzung war beschloßen worden, die Ledigen mit einem Einkommen unter 10000 Mark und die Verheirateten unter 18000 Mark von dieser Steuer freizulassen. Man war damals von dem Standpunkte ausgegangen, diese Steuer auf die tragfähigen Schultern abzuwälzen. Ganz anders handelte natürlich die Kreisbauernschaft als vorgelegte Behörde. Sie verwarf diese Festsetzung der Steuer Grenzen und akkordierte uns nun ihre Richtlinien auf, wonach für Ledige die Grenze auf 5000 Mark und für Verheiratete auf 7000 Mark festgelegt worden ist. Die Herren Demokraten hatten natürlich nicht genügend Rückhalt, um sich gegen die Beschäftigung der Verwaltungsfreiheit der Gemeinde einzusetzen. — Sie stimmten für die Richtlinien der Kreisbauernschaft. Andere Fraktion blieb bei dem früheren Gemeinderatsbesitzung für Ledige über 10000 Mk. und für Verheiratete über 18000 Mk. bestehen. Die Kommunisten lehnten diese Steuer überhaupt ab.

J. Anhaltbahn. Aus dem Gemeinderat. Aus kleinen Vermächtnissen für Gemeinde und Schule bestimmte, fällige Zinsen wurden den Bedürfnissen zugewandt. Der Beitrag zum Landes-Berufsverband sächsischer Gemeindefunktionäre wurde beschloßen. Dadurch ist die an pensionierte Gemeindefunktionäre zu zahlende Pension nur etwa zur Hälfte von der Gemeinde auszuführen. Die Besteuerung des vom Reich steuerfrei gelassenen Einkommenszweites wurde abgelehnt, weil nur eine kleine Zahl Einwohner hierunter betroffen würden. — Für Wasserspülapparate wurden die Gebühren um 100 Prozent erhöht. Gemäß gesetzlicher Bestimmungen wurde beschloßen, den Gemeindevorstand in Gehaltsklasse 7 einzureihen. — Weitere Einkommensverordnungen sollen in mehreren Abschnitten erfolgen.

en. Anhaltbahn. Aus dem Gemeinderat. Beschloßen wurde, für die ermordeten Panzerischen Eheleute und den Gemeindefunktionären Vergütung eines Krans mit Seltene aus der Gemeindefasse zu stiften. Die Sammlung für „Kinder in Not“ hat 423,50 Mark ergeben. Der Einkommenszweites für Lehrmittel wurde beibehalten und die erforderlichen 3 Anteile von 1000 Mk. bewilligt. Die Zahlung der Grundsteuer soll im nächsten Jahre in vier Termine erfolgen. Dem Verkehrsverein Leipzig wird beigesteuert. Beschloßen wurde, daß die Gehaltsleute im Winter um 7 Uhr, im Sommer um 8 Uhr abends ihre Läden zu schließen haben. Es sollen jetzt des Nachts sämtliche Laternen brennen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aufhebung der Zweigstelle Sachsen des Reichsverkehrsministeriums. In einem Teil der bürgerlichen Presse wurde an die Aufhebung der Dresdener Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums in bestimmter Absicht die Behauptung geknüpft, daß dadurch die Interessen Sachsens lösfallig geschädigt würden. Aus Dresden wird zu der Angelegenheit jetzt amtlich folgendes mitgeteilt:

Am 1. Januar 1921 treten in der Organisation der Reichsverkehrsverwaltung wichtige Änderungen ein. Der Reichs-

verkehrsminister hatte die ihm in der vorläufigen Verwaltungsordnung der Reichseisenbahnen vom 28. April 1920 vorbehaltenen Geschäfte zunächst nur zum Teil übernommen. Die übrigen ministeriellen Geschäfte wurden bis auf weiteres noch von den früheren obersten Eisenbahnbehörden der Länder wahrgenommen, in Sachsen von der früheren Eisenbahnabteilung des Finanzministeriums, die als Reichseisenbahnbehörde die Bezeichnung Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Sachsen führt. Der Ausbau des Reichsverkehrsministeriums in Berlin ist nunmehr soweit fortgeschritten, daß nach einem Erlaß des Reichsverkehrsministers am 1. Januar 1921 alle zur ministeriellen Zuständigkeit gehörenden Angelegenheiten auf die Hauptstelle des Reichsverkehrsministeriums in Berlin übergehen. Die Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums in Dresden wird infolgedessen am Ende des Jahres 1920 aufgelöst. Die nicht dem Reichsverkehrsministerium vorbehaltenen Geschäfte werden vom 1. Januar 1921 ab von der Eisenbahngeneraldirektion Dresden und den ihr unterstellten Behörden und Dienststellen erledigt. Die Eisenbahngeneraldirektion erlangt hierdurch in verschiedenen Beziehungen weitergehende Befugnisse als sie früher als Landesbehörde unter der Leitung des sächsischen Finanzministeriums besaß. Die geordnete Regelung, insbesondere die Ausübung der Zweigstelle Sachsen des Reichsverkehrsministeriums, entspricht durchaus dem Staatsvertrag über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich. Die Regelung ist jedoch keine endgültige; sie bleibt vielmehr nur solange in Kraft, bis die in Aussicht genommene grundlegende Neuorganisation der Reichseisenbahnverwaltung erfolgt sein wird.

Eine Rundgebung der sächsischen Eisenbahner.

Der Aktionsausschuss der verbündeten Eisenbahnergewerkschaften Sachsen schreibt uns:

Die verbündeten Eisenbahnerorganisationen, der Deutsche Eisenbahnerverband, die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner, erachten es für zweckmäßig, den in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchten über die Einkünfte der Eisenbahnbeamten und Arbeiter entgegenzutreten. Nach den der Reichsregierung und dem Reichstage übermittelten statistischen Unterlagen befinden sich in den Besoldungsgruppen I bis VII der Eisenbahnbeamten zur Zeit 42 Dienstaltersstufen unterhalb des amtlich festgestellten Existenzminimums für November 1920. Diese 42 Dienstaltersstufen umfassen 277000 Eisenbahnbeamte von insgesamt 373000, das sind rund 75 Proz. der deutschen Eisenbahnbeamten überhaupt. Die Eisenbahnerorganisationen sind der Überzeugung, daß es sich hier nicht mehr um eine beamtenpolitische Angelegenheit, sondern vielmehr um eine Angelegenheit von höchster allgemeiner politischer Bedeutung handelt. Es ist allgemein bekannt, in welcher gewaltigen Erregung sich die gesamte Beamtenchaft befindet. Sie hat sich lange beschwichtigen lassen durch den mahnenden Ruf, als Diener des Volkes der Not des Volkes zu gedenken und die eigene Not zurückzustellen. Stärker aber als dieser Wille ist die Macht der Verhältnisse geworden. Die Notlage der Eisenbahnbeamten ist so groß, daß derartige Erwägungen jetzt nicht mehr wirksam sein können. In der gleichen Weise wie bei den Beamten wird von den hohen Rängen der Eisenbahnarbeiter gesprochen. Einige Zahlen dürften den Beweis erbringen, daß diese Annahmen auf falschen Voraussetzungen beruhen. Der jetzige Reichslohntarif zerfällt in acht Lohn- und fünf Wirtschaftsklassen, wozu noch sieben Altersklassen kommen, so daß 280 verschiedene Lohnsätze vorhanden sind, die dem Eisenbahnarbeiter im günstigsten Falle unter Einbeziehung eines Teuerungszuschlags einen Stundenlohn von 5,80 Mk. und im ungünstigsten von 3,20 Mk. garantieren. Für weibliche Beschäftigte ist der Höchstlohn 3 Mk. und der niedrigste 2 Mk. Unter Berücksichtigung dessen, daß der Höchstlohn nur in den 17 deutschen Großstädten erreicht wird und daß die Privatindustrie höhere Löhne zahlt, können die Eisenbahnerorganisationen erwarten, daß die Öffentlichkeit den gerechten Forderungen der Eisenbahner sympathischer als bisher gegenübersteht.

Das Arbeitsministerium für eine Erweiterung der Erwerbslosen-Unterkünfte.

Aus Dresden wird mitgeteilt: Wiedeholt hat das Arbeitsministerium anerkannt, daß die jetzigen Unterkünfte für Erwerbslose in manchen Fällen zu niedrig sind und daß eine Reform der jetzigen Verordnungen unbedingt nötig ist. Auch neuerdings hat das Arbeitsministerium beim Reich, das bekanntlich allein dafür zuständig ist, eine allgemeine Erhöhung der Unterkünfte entsprechend den Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen beantragt. Die in diesen Forderungen vorgesehene und vom Arbeitsministerium bei der Reichsregierung bekräftigten Sätze gehen erheblich über die jetzigen hinaus und kommen, falls sie erfüllt werden, den Wünschen der Erwerbslosen (soweit entgegen, als angelehnt unterer Finanz- und allgemeinen Wirtschaftslage möglich ist. Das Arbeitsministerium wird außerdem beim Reich eine Änderung des § 8 Abs. 2 der Verordnung vom 26. Januar 1920 beantragen. Nach diesem Paragraphen wurden Erwerbslose bisher nicht unterstellt, wenn die Ursache ihrer Erwerbslosigkeit ein Streik oder eine Aussperrung war, auch dann nicht, wenn beispielsweise Berg- oder Elektrizitätsarbeiter streikten und andere Berufe dadurch arbeitslos wurden. Diese Bestimmung des Paragraphen 8 wurde von den Arbeitern bisher als eine Verdrückung der Arbeiter zugunsten der Unternehmer empfunden, weshalb das Arbeitsministerium schon bevor anlässlich der letzten Arbeitslosenunterstützung diese Forderung erhoben wurde, die Beseitigung oder Abänderung dieser Bestimmung gefordert hat.

Von der Landesversicherungsanstalt Sachsen.

Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Sachsen hielt kürzlich seine Jahresversammlung ab, in der der Geschäftsbericht auf das Jahr 1919 und auf die ersten 10 Monate 1920 gegeben wurde. Auffällig ist die starke Zunahme der Geschlechtskrankheiten. Für Rechnung der Landesversicherungsanstalt wurden für Geschlechtskranke an Heilverfahren durchgeführt: Im Jahre 1918: 159, im Jahre 1919: 968 und im Jahre 1920 (9 Monate): 2172. Beratungsstellen für Geschlechtskranke unterhält die Anstalt in 11 sächsischen Städten, darunter in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bautzen u. a. Das Reinvermögen der Landesversicherungsanstalt betrug am 30. November 248 Millionen Mark. Davon sind rund 170 Millionen Mark für gemeinnützige Zwecke ausgesetzt. Die im laufenden Jahre angekauften Beilandschaften in Coswig sind zur Zeit als Lunnenbeilandschaft für Frauen ausgebaut. Es soll für 220 Personen Unterbringungsmöglichkeiten schaffen. Eine weitere Erhöhung der Versicherungsbeiträge ebenso die Schaffung höherer Lohnklassen wird für unumgänglich nötig gehalten.

Aufschobene Feiertage.

Die Staatskanzlei gibt bekannt: Am 17. Dezember hat der Landtag dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Festsetzung der Feiertage in Wegfall kommen. Da das Gesetz mit keiner Verkündung, die in den nächsten Tagen zu erwarten ist, in Kraft tritt, wird bereits der 6. Januar 1921 kein staatlicher Feiertag mehr sein.

Keine Teilung der Amtshauptmannschaft Birna.

Birna. Auf eine Eingabe des Gewerbevereins Sebitz, die Amtshauptmannschaft Birna zu teilen und den Ort einer solchen nach dort zu verlegen, ist leitens der Regierung der Beschloß eingegangen, daß schon aus finanziellen Gründen für die nächsten Jahre an eine Teilung des Bezirkes der Amtshauptmannschaft Birna nicht gedacht werden könne. Sollte man später dennoch auf eine solche Teilung aufkommen, so würden die Wünsche der Stadt Sebitz in Berücksichtigung gezogen werden.

Die Ausgabe von Porzellangeld.

In den nächsten Tagen findet eine Sitzung des sächsischen Gesamtministeriums statt, in der endgültig über die Ausgabe des Porzellangeldes beschloßen werden wird. Sie dürfte Anfang Januar beginnen. Außerordentlich hoch ist übrigens, wie wir weiter hören, die Anteilnahme des Auslandes, namentlich Amerikas. Beim sächsischen Finanzministerium und bei der Meißner Manufaktur sind ganze Stöße von Briefen eingegangen, in denen Porzellangeld bestellt und große Summen dafür geboten werden. Zahlreiche Besteller aus Amerika haben Meißel und andre Lebens-

mittel, Meißel und Anhangstoffe außer harem Geld angeboten. Zur Vermeidung dieser Sammelwut überläßt der Staat der Meißner Manufaktur ein Viertel des von ihr hergestellten Porzellangeldes mit dem Recht, es mit einem Aufschlag an Sammler unmittelbar abzugeben.

Neue Getreideliefer-Verhaftungen.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, ist dieser Tage auch der Professor Saul der Warenverkaufsgesellschaft, deren Inhaber bekanntlich im Zusammenhang mit den großen Getreidelieferungen verhaftet worden sind, zum zweitenmal in Untersuchungshaft genommen worden.

Dresden. Hier wurde der Bäcker Kurt Schulze wegen großer Betrügereien festgenommen. Er hatte sich an Private gewandt mit der Angabe, daß er für 15000 aus Rußland zurückgeführte Gefangene Unterkunft zu besorgen habe und Gelder eingekammt. Schulze hatte sich Falschbescheinigungen und verschiedene Orden zugelegt.

Dresden. Während der Montagsvorstellung im Zirkus Sarrafant brach ein Schadenfeuer im Zirkus aus. Die Elefanten lezten gerade die Aufmerksamkeit der 5000 Besucher auf sich, als der Brand im Publikum bemerkt wurde und größere Unruhe erzeugte. Durch das besonnene Auftreten der Zirkusfeuerwehr wurde sofort jede Gefahr beseitigt, so daß die Vorstellung ruhig fortgesetzt werden konnte.

Dresden. Während der Feiertage sind in Dresden wiederum drei Unglücksfälle durch Leuchtgasvergiftung vorgekommen. In einem Falle blieben die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

Röhlitz. Das seit einiger Zeit vermählte 11jährige Schulmädchen Schiefer von der Festung Röhlitz wurde am vergangenen Sonntag von Fremden im Festungswalde unterhalb der Mariengrotte entsekt aufgefunden. Der Befund hat ergeben, daß der Tod durch Erfrieren eingetreten ist.

Ramenz. Die Stadt Ramenz hat das Rittergut Straßengraben für eine Million Mark käuflich erworben.

Ramenz. Die städtischen Kollegien beschloßen in gemeinschaftlicher Sitzung mit 23 gegen 2 Stimmen, die Besteuerung des steuerfreien Einkommens abzulehnen.

Burgstädt. Die städtischen Kollegien beschloßen die Einführung einer Wohnungsluzussteuer mit Rücksicht auf die Beratungen im Reichsausschuss zu vertagen. — Der Grunderwerbsteuerzuschlag wurde verdoppelt und die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens beschloßen. — Den Erwerbslosen wurde eine Beihilfe von 70 bzw. 35 Mk. gewährt.

Mühlstorf. Auf der Staatsstraße Mehlstorf—Mühlstorf sind 250 Meter Draht von den Telegraphenleitungen heruntergestohlen worden.

Baucha. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Beamten hat die Koalitionsfreiheit für ihre Berufe gefordert und einen entsprechenden Antrag an die sozialdemokratische Landtagsfraktion gerichtet.

Zwickau. In Nähe des neuen Krankenhauses im Stadtteil Marienthal wird eine Siedelung für die Beamten des Stiffes errichtet. Zu den Bauten hat die Stadt, ohne jede Verpflichtung zu haben, schon einmal 85000 Mk. zugesteuert und jetzt wieder 50000 Mk. gewährt, auch der Eisenbahnerbauernschaft, welche bereits 65 Wohnungen fertiggestellt hat und weitere 38 Wohnungen herstellen läßt, hat die Stadt 113740 Mk. Zuschuß bewilligt. — Die städtischen Kollegien beschloßen die Aufnahme einer neuen Anleihe von fünf Millionen Mark.

Colbitz. Die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens und die Erhöhung der Grunderwerb- und der Wertwachstumssteuer ist von den städtischen Körperschaften beschloßen worden.

Glauchau. Bei der ärztlichen Untersuchung der Schulkinder für die Quäkersperrung wurden fast durchweg erhebliche Mindergewichte festgestellt, in einzelnen Fällen sogar bis zu 50 Prozent. In zahlreichen Klassen hatte nicht ein einziges Kind das Normalgewicht!

Chemnitz. Ein äußerst gemeiner Raubanfall wurde nächstherweise auf der von Langenborschen nach Langenborschen führenden Straße an einem 20jährigen Mädchen verübt. Eine etwa 25 Jahre alte Frauensperson, die das Mädchen im Dresdener Markt beim kennen gelernt und unter der Vorspiegelung, ihm im benachbarten Schweinsburg eine gute Stellung verschaffen zu können, hatte das Mädchen nach hier verschleppt. In der Nähe der Eisenbahnbrücke warf das Frauenszimmer dem ahnungslosen Mädchen plötzlich eine Säure um den Hals, warf es zu Boden und würgte es bis zur Bewußtlosigkeit. Darauf entzückte die Räuberin der Ueberraschung die Gestalt und einen Gedächtnis, um sich dann schleunigst auf der Haltestelle Schweinsburg-Culten das Gesicht des Mädchens auszuwischen zu lassen. Die Räuberin, die etwa 1,60 Meter groß ist, gesundfarbiges Gesicht und blondes Haar hat, konnte noch nicht festgenommen werden.

Der Kampf um die Macht in den Gewerkschaften.

Von Felix Hirsch.

I.

Der Kampf um die Macht in den deutschen Gewerkschaften schien zur Zeit der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Die zwei Gruppen, die sich in diesem Kampfe gegenüberstanden, schienen einem oberflächlichen Beobachter ziemlich gleichwertige Faktoren zu sein. Sie waren es jedoch nicht. Denn während auf der einen Seite die aus Vorkriegszeiten in ihren Leitern sitzenden Gewerkschaftsführer sich einig waren über alle bedeutenden Fragen, wie in der Frage der Arbeitsgemeinschaften, der politischen Neutralität der Gewerkschaften, der Ablehnung der Industrieverbände, stand ihnen die Opposition als ein durchaus nicht gefestigtes Gefüge gegenüber.

In diesen Oppositionen herrschten die verschiedenen Anschauungen über Taktik und Zweck ihrer oppositionellen Wünsche, und nur mit Aufbietung großer Schwierigkeiten gelang es in den einzelnen Gewerkschaften, die Opposition nach und nach zu jammern. Dabei kam allerdings den Organisatoren der Opposition zur Hilfe, daß sich alle freigerichteten Gewerkschaftler darin einig waren, daß es so, wie es in der Kriegszeit gegangen ist und wie es von den Gewerkschaftsführern jetzt weiter getrieben werden sollte, nicht mehr gehen könne. Einig wurde man in der Anschauung, daß die Gewerkschaften auf keinen Fall Selbstzweck sein können, daß sie zum Instrument im Kampf um die Sozialisierung emporgearbeitet und der Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Dinge auf das bestimmteste betont werden müsse. Trotz der vielen negativen Momente gab es für die oppositionellen gerichteten Mitglieder immer neue Kräfte zum Kampf gegen die damaligen Gewerkschaftsführer, da jede freie Bewegung auf politischem Gebiet von diesen Gewerkschaften strengstens abgelehnt wurde. Der Erfolg der Opposition konnte nicht ausbleiben. Die Metallarbeiter wählten ihre oppositionellen Mitglieder in den Vorstand; viele Ortsverwaltungen besetzten ebenfalls ihre Verwaltungen mit oppositionellen Führern, und in Berlin gab es bald nur wenige Gewerkschaften, die durch einen Gewerkschaftler der alten Richtung in der Gewerkschaftskommission vertreten waren.

Die blutigen Ereignisse des 13. Januar 1920 trugen ihren Teil dazu bei, den Bruch mit der alten Gewerkschaftsbureaucratie in der Frage der Betriebsräte vollkommen zu machen. Als die Betriebsräte wählen vorgenommen werden sollten, war es die Mehrzahl der Berliner Gewerkschaften, die diese Wahlen unter einem politischen Gesichtspunkte zu führen gedachten. Da kam von oben her durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Bestimmung, daß die Betriebsräte wählen unter der Parole: Für freigewerkschaftliche Listen, zu führen seien. Wenn die Berliner Gewerkschaften auf ihrem Standpunkt beharrt hätten, so hätte dieses nichts geringeres als die Spaltung der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Dies ist doch in den Richtlinien, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund herausgab: „Für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorklassetliste“

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair

III.

Amerika befand sich am Anfang seines eigenen Krieges, und forderte Jimmie Higgins und seine Genossen auf, ins Heer einzutreten. Im Monat Juni folgten zehn Millionen Mann dieser Aufforderung...

Und plötzlich stand Jimmie vor einer dörflichen Musterungskommission. Wie alt er sei? Jimmie wußte es nicht genau, glaubte, er sei etwa sechszwanzig, da jedoch die Altersgrenze zweiunddreißig war, schwor er, daß er zweiunddreißig jähle...

„Wir nehmen Sie auf alle Fälle!“ erklärte der Vorsitzende der Kommission, ein alter Kerl mit einem Ziegenbart, der das Amt des Friedensrichters bekleidete.

„Gut,“ meinte Jimmie, — „es wird aber für euch nicht viel herauskommen.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Ich werde nicht kämpfen, bin ein Dienstverweiger aus Gewissensgründen.“

„Man wird Sie erschließen.“

„Schlecht nur, wenn es euch Freude macht.“

„Man wird Sie zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilen.“

„Was zum Teufel liegt mir daran?“

Es war schwer, mit einem derartigen Menschen etwas anzufangen. Stellte man ihn ins Gefängnis, so bedeutet dies bloß, daß er auf Gemeindefriedhof ernährt wird, und dies hilft gar wenig im Kampf gegen die Deutschen...

„Was zum Teufel liegt mir an Ihrer blöden Gegen?“

„So entziehen Sie ihn denn, wie auch den wilden Bill, dem auf den ersten Blick anzusehen war, er werde nicht mehr lange auf dieser Welt verweilen. Die beiden bestiegen einen leeren Frachtwagen und donnerten die ganze Nacht über Geleise dahin.“

„Was ist geschehen?“

„Ein Blutsud.“

Der erschrockene Jimmie wußte nicht einmal, was dies bedeutete. Er konnte nichts anderes tun, als seines Freundes zitternde Hand zu halten und seinem Stöhnen lauschen.

Die Lokomotive pfliff. „Was zum Teufel macht ihr zwei Gauner in diesem Frachtwagen?“ fragte der Bremser, doch war sein Ton milder als seine Worte.

„Es tut mir leid“ — sagte er entschuldigend hinzu — „aber wir haben ohnehin schon Verspätung.“

Am Morgen erschien der Stationsvorsteher, die Autoritäten wurden verständigt, und im Laufe des Tages kam ein Karren, um die Leiche fortzuschaffen.

„Es war ein Friedhof“ — sagte er — „aber wir haben ohnehin schon Verspätung.“

„Arbeiten oder kämpfen?“ Jimmie erklärte er, die Lösung heiße: „Arbeiten oder kämpfen.“

„Das ist ein Trid“ — dachte Jimmie — „sie wollen mich müde machen und — biegen oder brechen — ins Heer schicken.“

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

„Bei ihm jedoch wird ihnen dies nicht gelingen!“ Doch war Jimmie seit dem Tod des wilden Bill ein weit weniger gefährlicher Charakter geworden.

reden, er habe nichts mehr, wofür es sich zu leben lohne, was ja doch das gewaltigste Ziel sein eigen, der erhabenste Lebenswandel: Die Vision einer gerechten, sinnvollen, glücklichen Welt. Solange ihm jemand zuhörte, wenn er diese Welt verkündete und erklärte, wie sie verwirklicht werden könne, lohnte es sich zu leben, was das Leben etwas Wirkliches. Bisweilen freilich quälte ihn bitteres Herzweh, — wenn er nachts aus einem Traum erwachte, in dem er Lilies warmen, zärtlichen Körper in den Armen gehalten hatte, oder wenn er auf einer Farm arbeitete, wo es Kinder gab, deren munteres Gepolter ihn an das Knäblein gemahnte, dem zuletzt er die gerechte, sinnvolle, glückliche Welt erschaut hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Himmel im Januar.

mi. Am ersten Tage des Jahres hat das Tagesgestirn, die Sonne, noch eine südliche Abweichung von 23 Grad, ist also seit dem Tage der Winter Sonnenwende nur erst wenig nach Norden gewandert. Erst im Laufe des Monats wird denn auch die südliche Abweichung der Sonne vom Äquator geringer werden; dementsprechend nimmt die Mittagssonne des Tagesgestirns im Januar, berechnet für die geographische Lage von Berlin und dem mittleren Norddeutschland, von 14 1/2 auf 20 Grad zu.

Der Begleiter der Erde, der Mond, zeigt uns in der Neujahrsnacht die Phase des letzten Viertels. Neumond fällt auf den 9., das erste Viertel auf den 16. Januar, und am 23. erstrahlt unser Trabant mit seiner vollen Scheibe, um am Abend des 30. Januar zum zweitenmal in diesem Monat im letzten Viertel zu stehen.

Von den Planeten bleibt Merkur während des ganzen Monats unsichtbar, nachdem er im Dezember am Morgenhimmel beobachtet werden konnte. Der sonnennächste unter unsern Geschwistersternen tritt am 16. Januar in obere Konjunktion mit der Sonne und steht infolgedessen dauernd in unmittelbarem Bereich ihrer Strahlen. Weit günstiger als während der letzten Monate werden dagegen jetzt die Sichtbarkeitsverhältnisse der Venus. Gleich nach Sonnenuntergang durchdringt ihr Licht die helle Dämmerung am Südwesthimmel, und da Venus jetzt in der Ekliptik rasch nordwärts eilt, so bleibt sie um 3 bis 4 Stunden länger als das noch früh untergehende Tagesgestirn über dem Gesichtskreis und kann ebensolange beobachtet werden.

Sie durchzieht im Januar recht häufig das Gebiet zwischen dem Steinbock und den Fischen und steht am Ende des Monats in unmittelbarer Nähe des Frühlingsspektrums. Dabei nähert sie sich dem Äquator im Januar um 14 1/2 Grad. Venus nähert sich aber auch gleichzeitig der Erde, so daß ihre Helligkeit allmählich zunimmt. Ihren größten Glanz am Abendhimmel wird sie jedoch erst Mitte März erreichen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Konjunktion zwischen Venus und Mars, die am 9. Januar stattfindet. Mars steht an diesem Abend um 4 Uhr 25 Minuten nördlich von Venus, also knapp eine halbe Vollmondbreite; er ist freilich weit weniger auffällig als die sonnennähe Venus, die in beispielhaftem Licht strahlt, während Mars rötlich schimmert. Da beide Gestirne zur Zeit recht häufig sind, so kann man gut beobachten, wie die sonnennähere Venus den erst jenseits der Erdbahn das Zentralgestirn umkreisenden Mars überholt und ihm sichtlich danoneilt.

Bereits um die Mitte des Monats ist die Ortsverflechtung zwischen den beiden Planeten ziemlich bedeutend, und sie wächst bis Ende Januar noch weiter an. Mars ist dann nur noch zwei Stunden lang am Abendhimmel zu sehen, während er zu Beginn des Monats drei Stunden sichtbar ist. Am 13. Januar kommt Mars auch in Konjunktion mit der noch ziemlich schmalen Mondscheibe, ebenso wie Venus, und dieses interessante Schauspiel verspricht ein reizvolles Bild. Die lange Winternacht wird beherrscht von Jupiter, der zu Beginn des Monats schon um 10 Uhr abends aufsteht und bis zum Tagesanbruch sichtbar bleibt. Jupiter ist zur Zeit rückläufig im Löwen und neben Sirius, dem hellsten Fixstern, das leuchtendste Gestirn der Nacht. Immer noch, wie schon im vorigen Jahre, weilt auch Saturn in seiner Nähe; auch er ist rückläufig im Löwen und geht etwas später als der größte der Planeten auf, da er weiter östlich steht. Zusammen mit Regulus und Spica, den beiden hellen Fixsternen, bilden die beiden größten Planeten unseres Sonnensystems jetzt eine langgestreckte Linie heller Objekte. Die Ringe des Saturn sind augenblicklich unsichtbar, da wir auf ihre schmale äußere Kante blicken. Erst in einem halben Jahre beginnen sich die Ringe wieder dauernd zu öffnen, um nach etwa sieben Jahren aus von ihrer Nordseite aus ihre größte Öffnung zu zeigen. Uranus ist rückläufig im Wassermann und steht am 9. Januar gleichfalls in unmittelbarer Nähe von Venus und Mars, so daß an diesem Tage in kleinen Fernrohren die drei Planeten zugleich gesehen werden können. Aber während uns im Fernrohr Venus ihre Stachelgestalt zeigt, bildet Uranus wegen seiner großen Entfernung der schwacher Vergrößerung nur ein unscheinbares Sternlein, und auch die Scheibe des jetzt weit von uns entfernten Mars ist zur Zeit zu klein, um auf ihr irgend etwas erkennen zu können. Neptun, der äußerste Planet unseres Sonnensystems, ist rückläufig im Krebs und zu Ende des Monats in starken Instrumenten die ganze Nacht hindurch zu beobachten, da er am 1. Februar in Opposition zur Sonne steht. Aus Störungen in der Neptunbahn schließlich man zwar auf das Vorhandensein eines noch weiter entfernten Planeten, und man hat auch bereits versucht, seine Stellung am Himmel ebenso, wie es im Jahre 1847 Leverrier mit Neptun erfolgreich gelungen ist, rechnerisch zu ermitteln; die Auffindung ist aber bisher nicht gelungen.

Der Fixsternhimmel zeigt, da die abendliche Dunkelheit immer noch sehr früh eintritt, gegen den Vormonat lediglich die normale zweifelhafte Verschiebung nach Westen. Am die Mitte des Monats wird man etwa um 8 Uhr, demgemäß Anfang Januar um 9 und zu Ende des Monats um 7 Uhr abends, nahe dem Zenit im Sternbild des Fuhrmanns die helle Kapella strahlen sehen, von der nicht weit nach Süden das Bild des Stieres mit dem roten Aldebaran in der Gruppe der Hyaden zu finden ist. Die Plejaden, das Siebengestirn, dieser hellste Sternhaufen des Himmels, wandern den Hyaden etwas voraus. Im Fernrohr löst sich die kleine Sternwolke zu einem überaus prächtigen Gewir von vielen hundert Fixsternen auf und es ist dann nicht mehr möglich, die sieben hellsten, mit bloßem Auge sichtbaren Objekte gleichzeitig im Okular zu sehen. Unmittelbar nördlich von den Plejaden steht der Perseus, dessen Hauptstern Algol durch seinen rund alle drei Tage erfolgenden Lichtwechsel berühmt ist. Diese Ab- und Zunahme der Helligkeit bei Algol rührt von einem dunklen Begleiter her, den wir zwar

nicht wahrzunehmen vermögen, dessen Maße und Umlaufzeit aber genau hat berechnet werden können. Läßt man vom Bilde des Stieres aus den Blick nach Südosten schweifen, so findet man die strahlendste Gegend des Firmaments, die von der Arefengruppe des Orion gebildet wird. Der gelblich helle Stern im Nordosten der Konstellation heißt Betelgeuze, der lichtschwächere nordwestliche Bellatrix. Das hellste Objekt im Orion bildet Rigel, der an Helligkeit annähernd dem Sirius gleichkommt. Zwischen Betelgeuze und Rigel, genau in der Mitte, stehen die drei fast gradlinig angeordneten und in gleichem Abstand voneinander befindlichen Gürtelsterne, die auch unter dem Namen Talosita bekannt sind. Etwa 5 Grad südlich von den Gürtelsternen ist, in klaren Winternächten mit bloßem Auge zu erkennen, der berühmte Orionnebel zu sehen, der in großen Fernrohren ein Gebilde von unbegreiflicher Pracht darstellt. Man hat in ihm ein gigantisches Sternsystem zu erblicken, ähnlich dem unser Milchstraße, die sich östlich vom Orion in breitem Bunde über das Firmament zieht. Bildet man mit Zuhilfenahme des südöstlich vom Orion im Bilde des großen Hundes funkelnden Sirius nach Osten hin ein gleichseitiges Dreieck, so findet man als dritten Winkelpunkt den Prokyon im Kleinen Hund. Nördlich von ihm, innerhalb des Tierkreises, stehen Kastor und Pollux in den Zwillingen, an die sich der unscheinbare Krebs anschließt. Ihm folgt das große Trapez des Löwen mit seinem weißen Hauptstern Regulus. Südlich vom Tierkreis befindet sich in dieser Region eine der sternärmsten Gegenden des Himmels, die von der Wasserschlange und dem Behälter eingenommen wird, und in der jeder hellere Stern fehlt.

In der Gegend des Himmelspols steht die bekannteste Konstellation, der Große Bär, jetzt im Nordosten; er strebt mehr und mehr dem Zenit zu. Der Kleine Bär, dessen Hauptstern der Polarstern ist, befindet sich mit seinen übrigen Objekten unterhalb des Himmelspols. Nach Westen hin, vom Perseus an beginnend, bezeichnen Kassiopeja, Cepheus und Schwan das nördliche Band der Milchstraße; Vega in der Leier, die dem Fuhrmann mit der etwa gleichhellen Kapella beinahe genau gegenübersteht, nähert sich gegenwärtig ihrer unteren Kulmination. Das große Pegasusviereck mit der sich daran anschließenden Andromeda bedeckt abends den westlichen Teil des Himmels nördlich vom Tierkreis, in dem der Wassermann leicht abends gerade untergeht. Zwischen diesen und dem schon erwähnten Stier steigen die Fische und der Widder, beides wenig markante Sternbilder, über den Äquator in den nördlichen Teil des Tierkreises empor. Südlich von ihm und westlich vom Orion gehört das ganze Gebiet bis zum südlichen Horizont den Bildern des Wassisches und des Eridanus. Beide Sternbilder bieten wenig Charakteristisches, ebenso wie die Wasserschlange auf der östlichen Seite des Orion. Dabei befinden sich im Eridanus helle Sterne, sogar ein Objekt erster Größe mit Namen Alkernar. Alle diese Sterne gehören aber der südlichen Halbkugel an und steigen in unseren Breiten nicht über den Horizont.

Auf der südlichen Halbkugel, und zwar auf der Landessternwarte am Kap der Guten Hoffnung, wurde am 9. Dezember von dem Astronomen Schjellerup ein neuer Komet entdeckt, der aber nur die Helligkeit eines Sternes zehnter Größe hat und einzuweisen keinerlei bemerkenswerte Erscheinungen darbietet. Ob die Helligkeit dieses Kometenbunnlers noch soweit zunehmen wird, daß man ihn in schwächeren Fernrohren erkennen kann, bleibt ebenso wie eine Neibung über eine genauere Bestimmung seiner Stellung und seiner Bahn abzuwarten.

Kleine Chronik.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendanz. Am Silvesterabend wird Moirats Jauberflöte in teilweise Neubesehung wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Pamina singt Rosa Lind zum ersten Male, die 1. Dame ist mit Elene Marktin neu besetzt, ebenso ist Walter Eischner als Monostates und Meta Herrmann als 3. Knabe neu. Musikalische Leitung Professor Otto Lohse. Anfang 8 Uhr.

Auf Anstellung für die Spielzeit 1921 gastieren Karl Loebeckl von der Königl. Oper Essen a. Ruhr und Karl Walbröhl vom Stadttheater Frankfurt a. Oder am Mittwoch, dem 29., Karl Loebeckl als Fürst Dagobert in Liebe im Schnee und Walbröhl, den 31. Dezember, Karl Walbröhl als Graf Dimitry in Der letzte Walzer. Beginn der Vorstellungen am Mittwoch um 7 Uhr und am Freitag um 6 1/2 Uhr.

Konzertausfall. Das für Mittwoch angeordnete Sonderkonzert des Leipziger Konzertvereins muß wegen Erkrankung des Konzertmeisters verfallen werden, das neue Datum wird noch bekanntgegeben. Die bereits gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit für das neue Datum.

Warum reinigt die Seife? Jeder weiß, daß Seife auf die Haut eine reinigende Wirkung ausübt; wie aber diese Wirkung zustande kommt, wird wohl nur wenigen bekannt sein. In der Wirkungsart der Seife auf die Haut muß zunächst zwischen der Wirkung der Seifenlösung und jener der festen Seife unterschieden werden. Nach einer Darlegung in der Pharmazeutischen Zentralfalle geht der Reinigungsprozess durch die wässrige Seifenlösung in der Weise vor sich, daß das von den Hauttalgdrüsen abgegebene Fett, in dem sich die winzigen Schmutzteilechen, die sich auf der Haut ablagern, festsetzen, in die Seifenlösung in feinsten Verteilung aufgenommen wird. Um jedes einzelne Schmutzteilechen bildet sich nunmehr eine gallertartige Hülle; dadurch wird der Zusammenhang des Schmutzes mit der Haut gelöst und die Reinigung vollzogen. Besseren Erfolgs als mit der wässrigen Lösung erzielt man beim Waschen mit fester Seife, weil die Seife in dieser Form besser in die Hautfalten und Poren eindringt und die Schmutzteilechen durch ihre Oberflächeneigenschaft fester festhält als die Haut sie festzuhalten vermag. Der Schmutz haftet in diesem Falle „wie ein Abziehbild“ an der Seife. Ein Beispiel dieser „abziehenden“ Wirkung der Seife kann man beobachten, wenn man versucht, einen Kuchlecken von der Haut nur mit einem feuchten Lappen zu entfernen, wobei er sich nur wenig ablöst, während er nach dem Bestreichen mit trockener, fester Seife sofort weicht und an der Seife haften bleibt.

So gut sich nun die Seife zur Entfernung von Schmutzteilechen eignet, so wenig vermag sie Bakterien von der Haut zu entfernen, zumal von den Händen, weil diese Keime gewöhnlich ganz tief in die Hautritzen eindringen. Für Desinfektionszwecke nimmt man daher vorteilhafter Waschungen mit 70prozentigem Alkohol vor.

Eingelaufene Schriften.

Kachblatt für Holzarbeiter. Heft 12 des 15. Jahrgangs, Dezember 1920. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband in Berlin. Das Kachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 5 Mk. pro Vierteljahr durch alle Buchhandlungen, sowie direkt von der Expedition Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, zu beziehen. Ferner nehmen alle Postanstalten Bestellungen entgegen.

Weltliteratur Nr. 52: Karl Stieler: Ein Winter-Idyll. Verlag der Weltliteratur, Berlin SW. 48. Preis 50 Pf.